

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabnahmepreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung entsteht. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen sterilisiert. M. 2,70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erreichbar täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage auf dem Gebiete der Reichspoststelle zu machen. Sicher kommt man

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, D. Tel. 3445.
Sprechstunde am wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftstage von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interessenten werden die Gespaltenen Zeitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rohr verdoppelt. Bereitstellungen 20 Pf. Interessenten müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im vorne zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 87.

Dresden, Donnerstag den 17. April 1913.

24. Jahrg.

Genosse Wittich von der Frankfurter Volksstimme ist wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Noch Abschluß der diplomatischen Verhandlungen im Saargebiet werden sollen am 28. April die zentralen Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden.

Der französische Flieger Daucourt ist von Paris nach Berlin geflogen.

Der belgische Generalstreik nimmt ständig an Ausdehnung zu.

Zwischen Bulgarien und der Türkei ist eine für einige Tage unblutige vereinbarte Waffenruhe zustande gekommen.

Herr Statusquo.

Kein Aufbau der Reichsverfassung, kein freiheitliches Vorträtsrecht, keine Inangriffnahme großer Reformen, keine Politik, die den derzeitigen Interessen und den Bedürfnissen des Volkes entspricht — dieses Stigma hat seit Amtstätigkeit des Herrn von Bethmann-Hollweg an. Und es war die treffendste Kritik, die je an der Politik des Reichskanzlers geführt worden ist, als Genosse Dr. Gräbner gestern im Reichstag bei Beratung des Staats des Reichskanzlers in seiner gehaltvollen und wirkungsvollen Rede sagte, denn die lateinische Ueberlegung des Namens Bethmann-Hollweg müsse lauten: Herr Status quo! Das ist der Reichskanzler, der am bestehenden Zustand nichts ändern will. Unter diesem Namen wird einst Herr v. Bethmann-Hollweg in der Geschichte weiter leben.

Wir befinden uns in einem Feierjahr, führte Gräbner aus. Auch der Kaiser feiert demnächst das 25-jährige Jubiläum seiner Regierungszeit. Reden werden gehalten werden, Wette werden stattfinden. Dank der Geschicklichkeit und des Fleißes der Arbeiter, der Ingenieure, der Techniker, der Kaufleute hat in diesen 25 Jahren das wirtschaftliche Leben eine gewaltige Entwicklung gezeigt, das Alte ist untergegangen, hat neuen Platz gemacht. Eine große Arbeiterklasse ist empowert und will nun ihren Anteil haben an den Gütern der Kultur. Schwer empfindet sie aber, daß der politische Zustand im Widerspruch steht zu der gewaltigen wirtschaftlichen Umgestaltung. Denn die politische Entwicklung ist zurückgeblieben. Während England und andere Länder eine starke demokratische Entwicklung aufweisen, stehen wir in Deutschland immer noch im Bürokratismus. Der Reichskanzler darf sich deshalb nicht wundern, daß im Volle keine Stimmung zu einer Jubiläumsfeier vorhanden ist. Vergebens fragt das Volk, wo sind politische Reformen? Der Kanzler zeigt nur eine souveräne Beratung für den Volkswillen. Im Januar 1912 hat das Volk seinen Willen zum Ausdruck gebracht, daß es mit der bisherigen Politik ein Ende haben möchte. Aber der Reichskanzler bedient das nicht: Er will der Kanzler gegen die Entwicklung sein!

Mit einem ergwungenen Lächeln suchte Herr v. Bethmann-Hollweg Gleichgültigkeit zu markieren, als diese Anklagen hörig auf ihn niederlaufen. Genosse Gräbner ging dann aber auch mit den Nationalliberalen ins Gericht, die es dem Reichskanzler ermöglichen, mit dem schönen Dreieck: Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen eine Politik zu machen, die jeden Fortschritt ausschließt. Ein Fortschritt gehe nicht nur in den militärischen Aktionen. Dafür werde jetzt wieder eine Milliarde und mehr verwendet. Demgegenüber empfahl Redner, es möge einmal eine Kulturmilliarden aufgebracht werden, womit groÙe soziale Reformen geschaffen werden könnten: Eine Heraufsetzung der Wiersgrenze für den Bezug der Alterrente; eine Erhöhung der Witwen- und Weißrente; eine Süßigkeitensteuer usw. Und wie es mit den freiheitlichen Garantien in Deutschland bestellt sei, von denen Herr Bassermann gesprochen habe, das zeigten die Kommunisten in Magdeburg und Braunschweig. Weil Redner das Verhalten der Braunschweiger Polizeibehörde als eine Schande bezeichnete, zog er sich einen Ordnungsruf des Präsidienten zu.

Die Gründe dieser politischen Rückständigkeit Deutschlands liegen in der Vorherrschaft des Junkertums, wie Gräbner treffend zeigte. Die deutsche Regierung ist ja nur eine Filiale der preußischen Regierung, und in Preußen kann sich eine kleine reaktionäre Überfläche durch das Dreiflüssewahlrecht an der Macht erhalten. Die Reform dieses Wahlrechtes bezeichnete Gräbner deshalb auch mit Recht als die wichtigste politische Aufgabe der nächsten Zeit. Er beschäftigte sich dann eingehend mit den jüngsten Reden des Kaisers, mit dem Fall des Büchers Sohn und der Art, wie das Gut Cadinen in den Besitz des Kaisers gelangt sei, um zu zeigen, wie falsch der Kaiser unterrichtet werde.

Überall ist Stillstand, schloß Gräbner seine Rede, die einen großen Eindruck hinterließ. Der lebendigen Entwicklung im Volksleben wird von der Regierung nicht Rechnung getragen. Wir aber wollen den Aufbau der Verfassung, wollen politische und soziale Reformen, und unsere Hoffnung beruht auf der großen Volksbewegung.

Herr v. Bethmann-Hollweg lächelte nicht mehr — er war mittlerweile sehr nervös geworden. Schon die

Frage Gräbnauers, ob es wahr sei, daß er ein Schachergeschäft mit dem Zentrum in der Weise abgeschlossen habe, daß das Zentrum für die Bewilligung der Militärvorlage die Jesuiten erhalten soll, brachte ihn aus der Fassung. Denn er mußte zugeben, daß bei allen Einzelstaaten eine Klage über die Behandlung der Jesuiten vorgenommen worden sei — in Hindernis daran, daß der Bundesrat demnächst über den Beschluß des Reichstags, die Aufhebung des Jesuitengesetzes betreffend, zu entscheiden hat. Aus Stand und Band kam der Kanzler aber über die Kritik Gräbnauers an den Kaiserreden, über den Fall des Büchers Sohn und die Art, wie das Gut Cadinen in den Besitz des Kaisers gelangt ist. Denn Gräbner war in der Lage, einen Brief zu verlesen, den der Kaiser an den früheren Besitzer von Cadinen geschrieben hat und aus dem nichts anderes entnommen werden kann, als daß eine Schenkung vorliegt, während die offizielle Korr. Allg. Zeitung behauptete, daß Gut sei durch Kauf in den Besitz des Kaisers gelangt.

Um sich über seine Verlegenheit hinwegzuhelfen, dominierte nun des Deutschen Reiches Kanzler — gegen die Sozialdemokratie, die den Gottesglauben verböhnen und die Vaterlandsliebe verspotten, ohne auch nur den Schatten eines Beweises für seine Behauptungen beibringen zu können.

Unsere Genossen Hüttermann und Gräbner blieben ihm die Antwort nicht schuldig, nachdem der Abgeordnete Viechtig von der Fortschrittlichen Volkspartei und Stöders Schwiegerson, Mum, einige Rechtfertigungen vorgebracht hatten.

Auf die großen und wichtigen politischen Fragen antwortete der Kanzler mit einem Schweigen! Was hätte er auch sagen können? Über die Vorgänge in Magdeburg und Braunschweig mochte er amtlich noch nichts — der Herr Status quo! Das nennt sich in Deutschland „Reichskanzler“! Freilich, Herr v. Jagow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, wußte amtlich auch nichts von dem Vorfall in Nancy und dennoch redete er am Dienstag bereits darüber. Gestern, bei Beginn der Sitzung, als der Rest des Staates des Auswärtigen Amtes noch zur Beratung stand, ergriff er nun wieder das Wort, um mitzuteilen — daß er nichts wisse! Unter dem lebhaftesten Beifall der Sozialdemokraten konnte dazwischen Genosse Bernstein feststellen, daß die ganze Affäre moblos aufgebaut worden sei, und es sei deshalb Pflicht der Regierung, darauf hinzuwirken, daß die Gehege aufhören. In Frankreich leben Hunderttausende von Deutschen, die noch nie behelligt worden sind. Wo kämen aber die Völker hin, wenn die Handlungswise des Publikums eines Nachcafé's irgend einer Stadt benötigt werden soll, um einen politischen Konflikt zu konstruieren?

Der deutschen Bürokratie ist es überhaupt in den letzten Tagen im Reichstag idolett ergangen. Selbst der Reichsverbander v. Liebert mußte gestern ihre Verächtlichkeit darlegen unter dem Beifall der Sozialdemokraten! Eine Besserung ist aber nicht zu erwarten — nur die Befreiung der Bürokratie kann einen Wandel bringen. Das heißt: die Demokratisierung Deutschlands!

Volkssopfer für den Militarismus.

Mit einem außerordentlichen Erfolg hat die Sozialdemokratie bei den Reichstagsdebatten über die Heeres- und Deckungsverlagen abgeschnitten. Und zwar war es nicht allein das rhetorische Übergewicht, das unseren Rebtern im Reichstag einen so großen Vorprung vor den Vertretern der bürgerlichen Parteien ließ, sondern in erster Linie trug dazu die konsequente ablehnende Haltung unserer Fraktion gegenüber diesen neuen Haftungsverlagen bei. Nicht zum wenigsten befämpften wir die Befreiung der Arbeiter, ja auch aus den Gründen, um dem Volle selbst eine Vermehrung seiner körperlichen und finanziellen Kosten zu ersparen. Diesen allzu begünstigten Einwand kann man bei dieser Heeresvorlage auch nicht mit dem Hinweis abtuu, daß man betont, daß die Kosten der geplanten Armeeerstärkung aus Steuern, die in erster Linie den Besitz treffen sollen, gedeckt werden. Selbst wenn alle Ausgaben, die für Haftungsverträge zu machen sind, von den besteuerten Klassen getragen werden würden, blieben den nichtbesteuerten oder den nichtsteuerpflichtigen Kreisen der Bevölkerung noch Kosten genug zu tragen übrig. Kosten, die in der Leistung der Dienstpflicht, im Verlust mehrjähriger Arbeitsverdienste, im Ausfall anbarem Geld und in Naturalien während der Dienstzeit bestehen. Wobei noch nicht einmal zu reden ist von den vielfachen übrigen Schäden anbausender Art, die mancher, der Soldat war, aus seiner Dienstzeit entstanden sind. Jedenfalls ist das Volk der Sozialdemokratie dafür dankbar, daß diese jede unnötige Vermehrung dieser Volkslasten aufs Entschiedenste verhindert. Und in welchem Maße unsere Partei damit schweren Klagen und tiefem Notstand im deutschen Volk entgegen kommt, beweist am besten die jüngst erschienene Schrift, die der ehemalige Zentrumsabgeordnete Dr. Heim „Um der Gerechtigkeit willen“ im Auftrage der Sozialdemokratie herausgegeben hat.

Heim, das ist richtig, gilt in der Zentrumspartei als ein Schreckschädel. Im Reichstag wie im bairischen Landtag stellen ihn seine christlichen Fraktionsgenossen, die regierungsfähig sein wollten, in letzter Zeit fast. Bis dann Heim die Geschichte zu tun wurde und er seine Mandate aufgab.

Aber dieser Mann hat in der bairischen Katholischen Bauernschaft eine feste Position und von dieser aus wird er jetzt dem militärbefreiten Zentrum auferordentlich gefährlich. Gefährlicher wie der General Haussler dem Zentrum und militärischen Sammelsurium im Reichstag wurde. Heim kennt die Bauern, er weiß, daß bei ihnen trotz aller Scheinbarkeiten Legitimation für das Heer und die immer weiter sich ausdehnende „Vaterlandsbefreiung“ ein tiefer Groll gegen das Soldatenstück besteht. Es entzieht dem Bauern die billigen Arbeitskräfte, es weilt die jungen Leute vom Land in die Städte und hält sie dauernd dort fest. Dann nimmt es den kleinen Bauern den in der Wirtschaft mitarbeitenden Sohn und ruft dadurch zu neuen Ausgaben. Das weiß Heim, und hier setzt er den Hebel seiner Opposition gegen die neue Heeresvorlage an.

Die gute Organisation der bairischen Bauern kam ihm dabei als Hilfe und als Heim den Bauern fragte, wie seit ihr schon heute — außer den indirekten Steuern — durch unfreie Pflichtungen belastet, da antworteten ihm 1457 Gemeinden aus dem rechtsrheinischen Bayern im folgender Weise: In diesen Gemeinden waren:

8 Familien, die je 9 Söhne zum Militär =	27 Mann stellen
8 * * 8 * * =	64 *
87 * * 7 * * =	260 *
142 * * 6 * * =	382 *
488 * * 5 * * =	2440 *
1163 * * 4 * * =	4060 *

1843 Familien stellen also während der letzten 20 Jahre 8302 Soldaten

Dabei ist nun aber von besonderem Interesse, zu sehen, wie es wieder die kleinen Bauern sind, die davon am meisten zu tragen hatten, denn von diesen Familien stellten bei einem

0	8	7	6	5	4
Summtyp	Söhne	Söhne	Söhne	Söhne	Söhne
0-2 ha	1	2	7	26	84
3-5 ha		1	7	20	96
6-10 ha		1	9	28	97
11-15 ha		1	6	17	53
16-20 ha		1	2	14	49
21-25 ha		1	3	6	32
26-30 ha		1	5	21	41
31-35 ha			5	15	38
36-40 ha			4	16	27
41-45 ha			2	2	17
46-50 ha			2	7	20
51 und mehr	1	2	11	18	*
ohne Angabe	1	3	5	16	58
	8	87	142	488	1166 Familien

Diese Familien sandten ihren Angehörigen beim Militär an Geld und Naturalien insgesamt 2 603 816 M.! Das ist aber nur ein Teil der Nebenkosten, die den Familien aus der Dienstpflicht ihrer Söhne entwachsen; denn einmal ist es ungemein schwer, diese Ausgaben erschöpfend anzugeben, zum anderen liegen in diesem Betrage nicht der verloren gegangene Arbeitsverdienst und auch nicht die notwendigen Mehrausgaben für den Erfolg für die ausfallende Arbeitskraft. Das alles ergibt sich, wenn auch nur andeutungsweise, aus den Handbemerkungen, die dem statistischen Fragebogen von einzelnen Familien beigelegt wurden. Das Leben dieser Briefe greift ans Herz, schreibt Heim in den einleitenden Worten der Broschüre. Und wie recht er damit hat, mögen einzelne Proben dieser Zuschriften beweißen:

Dot Willing: Dorothea Rausch hat 5 Söhne beim Militär gehabt, zweimal zwei zu gleicher Zeit. Ausgaben 1500 M. für die Witwe ist das eine fast unerhöhlige Last.

Baierberg: Matthias Streif hatte 5 Söhne zum Militär, 46 Hektar Besitz; Kosten 2700 M. auf 9 Jahre. Außerdem benötigte er für jeden Sohn einen fremden Knecht; jährlich 300 M. Lohn — 2700 M. in Summa 5400 M.

Ainting: Johann Weber schreibt: Es wären noch etliche Familien da, wo bereits drei Söhne gebiert haben und jüngere noch dazu kommen. Weiter möchte ich noch bemerken, daß diesem Bauern für Zeitverlust, Ausgaben für fremde Arbeitskräfte, Kaserneverträge usw. ein Schaden von 3000 bis 6000 M. entwächst. Da sind gleich in unserer Gemeinde zwei Bauern, die sich noch dazu in sehr mühslichen Verhältnissen befinden, die werden sich von solchen Schlägen nicht mehr erholen.

Gleitsch: Joseph und Margarete Goll, nur 3 Hektar Grund, stellten 7 Söhne zum Militär. Die Eltern schätzten den Aufwand an Geld und Naturalien für jeden Sohn auf 300 M. — 2100 M. Die Eltern hatten früher einen Grundbesitz zu drei Hufen, mußten aber wegen Anhäufung der Schulden den Grund verkaufen bis auf zwei Tagwerk.

Giggenhausen: 4 Söhne beim Militär, 53 Hektar Besitz. Johann Graf hat sich bei einer 14jährigen Reserveleistung beim Reg. Inf.-Bataillon 1910 eine Krankheit zugezogen und meldete sich beim Arzt. Der Arzt wies den Mann zur Kompanie und sagte, er sei gesund. Der Hauptmann bestrafte ihn mit Kasernestrafe. Nach der Liebung kam J. G. ins Lazaret und wurde geheiligt, man schloß ihn vom Heere aus, überbrachte ihn nach Gaffing und der Vater kann alle Jahre 600 M. Pflegegeld zahlen.

Der Zwischenfall von Nancy.

Bei unserer Chauvinistenspreche wird weiter gehegt. So bringt die Tägl. Rundschau einen Artikel, in dem sie von der Schmach von Nancy spricht. Die französische Regierung hat inzwischen einen höheren Beamten nach Nancy gesandt, um die Angelegenheit zu untersuchen. Sie ist also offenbar alles, was sie tun kann. Es wird gemeldet:

Paris. 16. April. Der Staatsanwalt Augier, der mit der Untersuchung des Zwischenfalls von Nancy betraut ist, traf heute nach 1 Uhr in Nancy ein und stieg in der Brücke ab. Er habe heute mit dem Präfekten eine längere Unterredung, der ihn über den Zwischenfall von Compiègne berichtet. Herr Augier rufe im Laufe des Vormittags seine Unterredung fort und wird voraussichtlich schon heute abend wieder nach Paris zurückkehren.

Paris. 16. April. Aus Nancy wird gemeldet, daß an der von der Regierung angeordneten Untersuchung die Staatsanwaltschaft sowie die staatliche und die städtische Polizei teilnahmen. Einige vor am meisten kompromittierten Freunde seien bekannt, da jedoch bei den Nancyer Behörden keinerlei Strafanzeige erstatte wurde, hätten diese bisher keinen Grund, irgendwie vorzugehen.

In welcher Weise Stimmung gemacht wird, zeigt folgendes. Gestern wurde gemeldet, daß in einem Theater in Grenoble deutsche-freundliche Demonstrationen stattgefunden haben. Jetzt wird von dem französischen Minister des Innern erklärt, daß nach ihm zugesammengestellten Mitteilungen sich in dem Theater in Grenoble keinerlei Zwischenfall der von einzigen Platten gezeichneten Art zugetragen habe. Die deutschen Chauvinisten werden sicher über das Dementi sehr betrübt sein. Sie brauchen jetzt deinetwegen möglichst viel deutsch-französische Zwischenfälle, um recht viel Aufschwung zum Heben zu haben. In diesem einen Fall ist ihnen ja das Geschäft verloren. Vielleicht Napys' im andernmal besser.

Dreiklassensturm gegen die Reichsvermögenssteuer.

hg. Im Dreiklassenhaus entwickelte sich am Mittwoch ganz überraschend in vorderster Stunde eine hochinteressante Debatte über die Stellung der Parteien zu den Deckungsvorschlägen der neuen Militärvorlage. Die Konservativen, Freikonservativen und der Finanzminister machten den Versuch, den Reichstag vor einer Reichsvermögenssteuer grauslich zu machen. Herr Lenz meinte den Jusenien zuliebe, wenn auch gewiß in der Absicht, den ihm anvertrauten preußischen Staatschatz zu hüten, als Folge einer Reichsvermögenssteuer sogar den preußischen Staatsbankrott an die Dreiklassentonne. Allein die ganze Habsburg ist die Reichstagsschluckerin, die läßt sich nicht daran hindern, außer der schweren Riede Liebnechtis, die die Reichsfeindlichkeit der ganzen Aktion aufdeckte, auch die Aeden des Fortschritts Flugdon und sogar des Nationalliberalen Dr. Friedberg ihren Anteil. Das Zentrum drückte sich um eine klare Stellungnahme herum. Die Rettungsaktion der Konservativen nahm einen Verlauf, der als ein gutes Vorzeichen für den Sieg der Erbschaftssteuer genommen werden muß.

kleine politische Nachrichten. Das Deutsche Kolonialblatt teilt mit, daß auf den Diamanteneinföldern von Deutsch-Südwestafrika im vierten Quartal 1912 76.908 Gramm Diamanten gewonnen wurden. Die Förderung des dritten Quartalsjahrs betrug 49.509 Gramm. Im zweiten Kalenderhalbjahr 1912 sind bemerkbar insgesamt 125.412 Gramm gefördert worden, gegen 76.419 Gramm im gleichen Halbjahr 1911. — Sämtliche als Mischindustrie an dem Attentat in Madrid verhafteten Personen, einschließlich des Spanischen Poc., wurden freigesprochen, so daß außer Algecira nur noch kein Freund, der Anarchist Bajazetia, unter Anklage verbleibt.

Ausland.**Rußland.****Ein Rotschrei der politischen Katorga-Gefangenen.**

rb. Petersburg, 15. April.

Die sozialdemokratische Dumafraktion hat dieser Tage folgende Mitteilung über die Zustände in der Schlüsselburg getroffen, erhalten, in der vorzugsweise die zur Katorgaarbeit (Katorga) verurteilten politischen Gefangenen interniert sind: „Die politischen Katorga-Gefangenen in Schlüsselburg — heißt es in dieser Mitteilung — sitzen die sozialdemokratische Fraktion drängend. Ihre Aufmerksamkeit auf die schwere Lage der Gefangenen zu leisten und die russische Gesellschaft von der Unmoralität von Rachsucht in Kenntnis zu setzen: Die Karzerstraße ist in Schlüsselburg zu einem Zustand erhaben. Man wird dort für jede Kleinigkeit eingesperrt, keine Rastzeit vor der Karzerstraße. Selbst Kräme, die an Episoden, Herzerweiterung, Überholose usw. leiden, kommen in den Karzer. Als im Juni vorheriger Jahres ein Protest der Gefangenen wegen der Durchsuchungen und der grausamen Behandlung stattfand, drohen viele von den zum Karzer Verurteilten noch vor Ablauf der dreißigjährigen Strafzeit zusammen. Einige Gefangene, wie A. N. Sapozhnikov, Engelhardt, Latschnin und Bismenski, mußten von der Administration nach dem Spital geschafft werden. Den vollständig franten Gefangenen Storodnow schaffte man nach 25jähriger Karzerhaft erst dann ins Spital, als er bereits einige Tage vollkommen hilflos dalag. Nach einiger Zeit starb er. Nur zwei Tage vorher starb Sapozhnikov, dem die elterlichen Asche erst dann abgenommen wurden, als die Zodesanamie bereits eingetreten war. Dies sind keineswegs die einzigen Todessfälle, die durch den Karzer beschleunigt oder hervergerufen wurden. Hierzu gehört auch der Tod der Gefangenen Elisejew, Timofejew, Bubnov, Neftimow, Starostin u. a. Eine spezielle Untersuchung fand ein sehr langes Verzeichnis solcher Todessfälle ergeben. 20 bis 30 Tage Karzerhaft sind eine alltägliche Erfahrung. Von den bestens 63 Personen (47 politischen und 16 Kriminalfestgenommen) sind 50 bis im Jahre 1912 2483 Tage im Karzer interniert gewesen. Nicht selten werden die Gefangenen im Karzer geschlagen. Dies geschah z. B. mit Kubashev und Lautoma, bei dem Letzteren in Gegenwart und unter Beteiligung des Direktorgeschäfts Quosid... Der Direktor empfand die neu an kommenden Gefangenen mit den Worten: „Bei mir ist es so: weniger als 30 Tage (Karzer) bekommt niemand, dann folgen 100 Minutenstrafen, und wenn auch das Leben überdrüßig ist, hält ihr Karzer.“ (Es ist nicht bekannt, ob der Gefangene Poptom, der, nachdem er von einem Russen geschlagen wurde, sich im Jahre 1911 erhängte, diesen Rat befolgt hat.) Eine Regel kostet „As Kapitel!“ heißt es auch bei dem Direktor. So groß ist seine Sicherheit, daß seine Handlungen fast nie entdeckt werden.

Als Illustration zu der obigen Mitteilung kann nachstehendes Telexgramm aus Kiew dienen:

Der Prokurator des Bezirksgerichts beauftragte den Untersuchungsgericht für besondere wichtige Angelegenheiten, Romofest, eine Untersuchung einzuleiten gegen 14 Intellektuelle, darunter einige Damen, die beschuldigt werden, einer Organisation zur Unterstützung politischer Gefangener anzugehören.

Also: waren einige gutberatene Herren und Damen aus dem Bürgeramt zusammengekommen, um für die bis aufs Blut geäußerten halb verhungerten politischen Gefangenen einige Ruhm als Unterstützung zu verschaffen, wird ihnen der Prozeß gemacht; im Namen des Gesetzes!

Mahregelung von Panlawisten.

Peterburg. 16. April. Die jüngsten panlawistischen Demonstrationen haben für einige Beträger böse Folgen gehabt. Der Zar hat den Ministerpräsidenten Rotowzew ermächtigt, gegen den ehemaligen Dammzuckerbarone und die Dumaabgeordneten Grafen Vladimir Wobrincki, Nikonorow und Satowenko eine Untersuchung einzuleiten. Der Oberstaatsanwalt, der trotz des Verbots sich an einem Elanzenkonzert beteiligte, ist aufgefordert worden, seinen Abdruck einzurücken. Es stehen weitere Maßregelungen von Panlawisten bevor.

Türkei.**Bombenexplosion.**

Konstantinopel. 16. April. Eine unwillige Depesche aus Erzincan im Distrikt Erzerum meldet, daß dort in einem armenischen Hause eine Bombenexplosion stattgefunden habe, wobei drei Armenier getötet und eine Frau verletzt wurden.

Konstantinopel. 16. April. Eine offizielle Mitteilung über die Explosion in Erzincan besagt: Ein Haus, in dem sich Bomben befanden, ist in die Luft gesprengt. Andere benachbarte Häuser wurden gleichzeitig zerstört. Bei einer Haussuchung in armenischen Gebäuden fand man Bombe, eine Büchse Dynamit, Behälter mit Schapsaus und Patronen, alte Kanonenkugeln, Gewehre und Revolver. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Unruhen in Armenien und Syrien.

Peterburg. 16. April. Die russische Presse bringt immer von neuen Rebellen in Syrien und Armenien in der osmanischen Türkei. So soll die Zahl der Tote und Verletzten infolge der revolutionären Unruhen recht wenig erheblich sein. Die Presse hat eine besondere Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse und zur Ergriffenheit der notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der Einheit der osmanischen Türkei dorthin gesandt.

Konstantinopel. 16. April. Offizielle Nachrichten zufolge ist der Ausstand in Beirut beendet. Einige Personen wurden als mutmaßliche Anführer der Streitbewegung verhaftet.

Die Balkankrisis.**Der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen.**

Wien. 16. April. Wie hier am kompletter Stelle verlautet, ist der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen; es ist jedoch in kürzester Zeit zu erwarten, daß der Abzug wirklich aufzukommen. Es ist möglich, daß die Verhandlung darüber aufzufinden ist, daß Montenegro keinen Waffenstillstand abschließen will, sich jedoch an den Friedensverhandlungen beteiligen wird. Montenegro verharrt nach wie vor auf Fortsetzung der Belagerung Skutaris und weist jede finanzielle Unterstützung zurück, die nicht den Charakter einer Kriegsentlastung trägt, wie sie auch die anderen Verbündeten beanspruchen.

Die Entschädigung für Montenegro.

London. 16. April. Die Times weidet aus Gelinde, daß nach offizieller Versicherung Montenegros kleinste Entschädigungsansprüche gemacht werden sollen. Auch an eine Landentschädigung im Sandalen auf Kosten Serbiens sei nicht zu denken. Zugleich werde Montenegro vielleicht sein, sich durch Gebiete in einer anderen Region, etwa durch Lazarobud und die Brata-Hügel am Ostufer des Sutorusses neben der Savanica freie Schifffahrt auf der Vojana absindern zu lassen.

Die Note der Mächte.

Gelinde. 16. April. (Ausschluß.) Die Vertreter der Großmächte unternehmen heute einen Besuch in Sofia, indem sie die in Sofia, Velgrad und Wien bereits überreichte Antwortnote der Mächte auf den jüngsten Gegenvorschlag der Verbündeten dem Minister des Kriegs übermitteln. Hierauf modifizieren die Vertreter der Mächte dem Minister Mitteilung von der für Albanien festgelegten Nord- und Nordostgrenze. Der Minister nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und erklärte, er werde sie dem Ministerate unterbreiten und sich mit den Verbündeten wegenerteilung der Antwort ins Einvernehmen setzen.

Sieder ein chauvinistischer Schwund zerstört!

Belgrad. 16. April. Wie dem Serbischen Pressebüro aus Czajowa gemeldet wird, unterzeichnete die gemischte Kommission, die den Fall Valitsch untersucht, am 16. d. M. ein Protokoll, in dem festgestellt wird, die Kommission habe keine überzeugende Beweise dafür gefunden, daß Valitsch im Gefängnis auf Veranlassung der montenegrinischen Behörden gejagt und mishandelt wurde. Auch sei kein Beweis dafür erbracht worden, daß Valitsch von seiner montenegrinischen Militärinstanz mit Vorbedacht ermordet wurde. Die Kommission konnte nichts feststellen, was die Angaben der montenegrinischen Behörden, daß Valitsch einzigt und allein infolge eines Aufsturzes erschossen wurde, entkräften hätte. Die Kommission verfolgt jetzt ihre Aufgabe weiter und prüft die Angelegenheit der Beleidigung zur Orthodoxie.

Ruhe um Tschaudischka.

Konstantinopel. 16. April. Nach dem amtlichen Strafberichte herrsche gestern sowohl vor Tschaudischka wie auch vor Sulair Ruhe.

Die Bundesgenossen.

Belgrad. 16. April. Das serbische Pressebüro erläutert, daß Meldeungen ausländischer Blätter über einen angeblichen Zusammenschluß serbischer und bulgarischer Truppen in Westbulgarien und der Abwurf eines neuen Vertrages zwischen Serbien und Griechenland keine Begründung enthalten.

Die Landsturmfestungen der Jahrgänge 1892, 1893 und 1894 sind zu einer 14-tägigen Bassenbildung erbraucht worden.

Wien. 16. April. Wie der Neuen Freien Presse aus Saloniki gemeldet wird, ziehen die Serben im Hinblick auf die Entsendung zweier bulgarischer Regimenter nach Doiran eine Division in Gewehr auf.

Weiterbericht von der Wetterhäute an der Friedrich-August-Brücke vom 17. April, mittags 12 Uhr.

Barometer 745. Regen und Wind.

Thermometer -11° R.

Thermometergraph: Min. +3°, Max. +12°.

Hygrometer 67%.

Wasserstand - 106 Centimeter.

Prognose des sächsischen Landeswetterberichts für den 18. April.

Südwestwinde; meist bedeckt; mild; zeitweise Niederschlag.

Wetterlage. Zahlreiche Teilstufen, die sich über dem Gebiete befinden, machen die Wetterlage unsicher. Sie bringen vor allen Dingen die Wirkung des nordwestlichen Hauptwinds viel früher zur Geltung, als dies ohne Teilstufen der Fall gewesen sein würde.

Zur Kenntnis der Temperatur und der Gewöhnung ist bemerkenswert, daß das Einsetzen von Niederschlägen gekommen. Da das Hauptwind sich verhältnismäßig rasch ostwärts ausbreiten wird, so bleiben Niederschläge auch morgen wahrscheinlich.

Dresdner Polizeibericht vom 17. April.

Der Stadt zum 16. April wurde das Reiter einer vierzigköpfigen politischen Gefangenen einige Minuten als Unterhaltung zu beobachten, während ihnen der Prozeß gemacht; im Namen des Gesetzes!

Berlin antreten wollen. Der größte Teil des Geldes konnte wieder herbeigeholt werden.

Lechte lokale Nachrichten.

Selbstmord. In der Wohnung seines Vaters im Hauptpolizeigebäude erschöpft sich der in den zwanziger Jahren stehende Sohn des Arresthausinspektors Grube. Der junge Mann war als Expedient in der Detektivstelle der Deutschen Bank auf der Wilsdruffer Straße beschäftigt. Er konnte mit seinem Gehalt nicht auskommen und geriet dadurch in Schulden. Wie verlautet, sollte der Lebensmüde wiederholt auf das Konto seines Vaters eingezahlt werden. Bei der Bank selbst liegt nichts vor.

Letzte Telegramme.**Der belgische Kampf.**

Brüssel. 17. April. (Privatelegramm.) Nach der am Dienstag abend vorgenommenen Kontrolle waren in Brüssel 22.804 Arbeiter am Generalstreik beteiligt. Darunter 6000 Metallarbeiter, 1800 Holzarbeiter, 1500 Schuhmacher, 1000 Arbeiter der Nahrungsmittelbranche, 1000 Bauarbeiter, 850 Schriftsteller. Die Eisenbahnverbindung gibt an, daß der tägliche Verkehr der Güterwagen im Hafen von Antwerpen, der in normalen Zeiten 1200 Wagen beträgt und sich schon in der vorigen Woche auf 800 Wagen vermindert hat, in dieser Woche auf 200 Wagen zurückgegangen ist. Eine weitere Verminderung des Güterverkehrs wird erwartet. Der Regierungsbericht gibt an, daß am Mittwoch im Revier Charleroi die Zahl der Streikenden 80.642 betrug, das bedeutet gegen Dienstag eine Zunahme von 6600. In der Provinz Henegau streiken 173.460 Arbeiter. In den verschiedenen Industrien macht sich Mangel an Kohlen und Kohlflossen bemerkbar. In Gent nutzte eine Glasfabrik mit 1000 Arbeitern ihren Betrieb ein. In Alost mühten mehrere Baumwollspinnereien und in Brüssel einige kleinere Metallfabriken geschlossen werden. Aus Grammont und Alost wandern viele Arbeiter nach Amerika aus.

Brüssel. 17. April. In Gent haben gestern abend einige Fabriken aus Mangel an Rohwaren den Betrieb einstellen müssen. Die große Maschinenfabrik, die nachmittags stillstand, ist ohne Zwischenfall verlaufen. In Antwerpen befürchtet man ebenfalls, daß der Verkehr im Hafen in einigen Tagen fast ganz stehen wird, weil keine Waren zum Verladen zu finden sind. Aus Mond wird gemeldet, daß in der Provinz Henegau gestern abend einige Fabriken mit 86.400 Bergarbeiter von 96.800, 43.600 Arbeiter der metallurgischen Industrie von 60.100, 18.600 Glasschiffenarbeiter von 21.600, 16.900 Schiffsägler von 19.100 und 9.000 Arbeiter, die anderen Industrien angehören, von 17.100. Im ganzen streiken also 174.000 Arbeiter von 295.200.

Streik und Regierung.

Brüssel. 17. April. Gestern hoffte man einen Augenblick auf eine Klärung der Situation, als die Liberalen und Sozialdemokraten im Parlament erklärten, daß sie zufrieden seien, wenn die Regierung eine Untersuchungskommission für das allgemeine Stimrecht und kommunale Reformen einzurichten würde. Es verlautet, daß der Premierminister heute darauf antworten wird. Wenn die Regierung den Arbeitern gewisse Zugeständnisse macht, kann mit einer Beendigung des Streiks gerechnet werden. Bis jetzt streiken fast 300.000 Männer, falls aber die Antwort des Premierministers im vorneinenden Sinne ausfällt, so würde der Ausstand umfangreich zunehmen.

Der Friedrichsfelder Streikwall vor Gericht.

Mannheim. 17. April. (Privatelegramm.) Das Schiedsgericht wegen des Friedrichsfelder Streikwalls, das gegen sechs Arbeiter auf 22 Jahre Gefängnis erkannte, war vom Reichsgericht aufgehoben worden. Am Mittwoch wurde hier in zwölftäglicher Sitzung die Angelegenheit erneut verhandelt. Der Angeklagte Wühl, der einen Arbeitswilligen mit einem Messer geflochen hatte, erhielt statt fünf Jahren zwei Monaten vier Jahre Gefängnis. Die übrigen Angeklagten waren nicht am Streik beteiligt gewesen, wohl aber an dem Zusammenstoß. Die Strafe gegen den Arbeiter Heidel wurde von fünf Jahren zwei Monaten auf drei Monate herabgesetzt. Der Arbeiter Gottler erhielt statt fünf Jahren drei Jahre elf Monate, der Arbeiter Weber statt fünf Jahren drei Jahre und acht Monate. Zwei weitere Angeklagte behielten ihre Strafen von je drei Monaten. Der Staatsanwalt hatte die Bestätigung der früheren Strafen verlangt.

Waffenruhe zwischen Bulgarien und der Türkei.

Sofia. 17. April. Die bulgarische Presse meldet: Zu den Rücken über den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Bulgarien und der Türkei sind wie erwartet, zu erklären, daß es sich hierbei nicht um einen schriftlich abgeschlossenen Waffenstillstand handelt, sondern um eine für einige Tage mündlich vereinbarte Waffenruhe, die beiden Seiten ermöglichen sollte, ihre Toten zu beerdigten.

Beziehungen zwischen serbischen und montenegrinischen Truppen?

Antvari. 17. April. Die Kommandanten zweier vor Skutari liegenden serbischen und montenegrinischen Bataillone gaben gestern in einem heftigen Wortwechsel. Möglicher nahmen die Truppen für ihre Offiziere Parole und gingen gegeneinander zum Angriff vor. Die Soldatengarde setzte in ein förmliches Uniformengemmel aus. Nur beiden Seiten blieben zahlreiche Tote und Verwundete auf dem Kampfplatz.

die Milch in den Verkehr bringen, wenn er sie auch zunächst nur an den Händler absetzt. Zugdem lasse sich die Verurteilung nicht aufrecht erhalten, weil § 2 des Regulatifs der Rechtsgültigkeit entbehre. Tödt werde die Milch, die 28 Prozent Fettgehalt nicht erreiche, vom Verkehr überhaupt ausgeschlossen. Eine solche Bestimmung sei gegenüber der Gewerbeordnung aber nicht zulässig, außerdem werde dem Produzenten anheimgegeben, diese Vollmilch als Magenmilch in Verschluß zu bringen, was sie aber tatsächlich nicht ist, auch nicht im Sinne des Regulatifs. Eine unrechtmäßige Bestrafung könne aber dem Produzenten nicht angehören werden. Danach entbehre das Regulativ der Rechtsgültigkeit. Uebrigens befindet sich die Rechtsprechung des sächsischen Oberlandesgerichts in Übereinstimmung mit der Judikatur des preußischen Hammergerichts.

Der Vortrag zeigt, daß die Stadtverwaltungen heutzutage darauf sehen müssen, Milchregulative in der Form — denn nur darum handelt es sich im fraglichen Falle — einzufordern zu erhalten, damit sie den Milchproduzenten keine Angriffsfläche bieten. Denkbar Seinscheidungen wolle die genannte Chemnitz sind nur geeignet, den Leuten, die am liebsten Milch für Milch verkaufen möchten, Mut einzusparen.

Das Polizeimessen im Haushaltplan.

Zu Pos. 29 des städtischen Haushaltplanes figuriert die Wohlfahrts- und Sicherheitspolizei. Die einzelnen Abteilungen sind: das Wohlfahrtspoliziamt, der Beitrag an die sächsische Polizeidirektion, die Abfestei, die Volkssäder, die öffentlichen Elvbäder, das Güntzbad, das chemische Untersuchungsamt und die Bedürfnis- und Pfannenhäuser. Neu sind der Pos. 29 zugewiesene Beitrag an die sächsische Polizeidirektion, früher eine Position für sich, Güntzbad, früher Abhang X, und Bedürfnis- und Pfannenhäuser, früher ein Teil der Pos. 24. — Die Gesamteinnahme ist gegen das Vorjahr um 4458 M. höher veranschlagt. Die Gesamtausgabe in dem Teil der Position, der das Wohlfahrtspoliziamt und die Nebenkosten umfaßt, wird um 51310 M. höher geschätzt als im Vorjahr. Bedeutende Mehrausgaben werden bei den Besoldungslisten, dem Aufwande für Kostenbeförderung, der Unterhaltung der wundärztlichen Hilfsstellen — für Neuerichtung einer Sanitätswache in Tolkewitz in ein Berechnungsgeld von 6000 M. eingestellt —, der Unterhaltung der Volkssäder, des chemischen Untersuchungsamtes und der Bedürfnis- und Pfannenhäuser notwendig. Das Berechnungsgeld ist die Schutzmaßregeln gegen die Lungenentzündung und andere ansteckende Krankheiten ist um 6000 M. höher eingestellt (1), angeblich wegen Verbilligung und Vereinfachung des Testinjektionswesens. — Beim Güntzbad ist das seinerzeit zum Bau bei der Sparlafette aufgenommene Darlehen von 700 000 M. von der Dr. Güntz'schen Stiftung zu verzinsen und zu tilgen. Ende 1912 betrug das Kreditdarlehen 424 825 M. Nachdem der Kreditaufschuß, der Ende 1911 69 240 M. betrug, den Bestand von 100 000 M. erreicht haben wird, ist der Kreditaufschuß an die Dr. Güntz'sche Stiftung zur Verwendung bei dem Verschönerungsarbeits abzuführen. Die Benutzung des Bades wird von Jahr zu Jahr stärker. Deshalb können die Einnahmen aus dem Betrieb um fast 10 000 M. höher eingestellt werden als im Jahre 1912; ein Aufschuß aus dem Kreditaufschuß zur Deckung eines Achtbetrags wird nicht zu leisten sein. — Der Prozentsatz, nach dem die Abschreibungen auf Maschinen und technische Einrichtungen erfolgen, erscheint den Finanzanschlägen zu niedrig. Es wird empfohlen, für künftig einen höheren Prozentsatz ins Auge zu fassen. Die Summen der Einnahmen und Ausgabe für das Güntzbad gleichen sich infolge des Zuschlusses aus der Dr. Güntz'schen Stiftung mit 204 180 M. aus.

Für den im Jahre 1913 von der Stadt Dresden zu den Kosten der Verwaltung der Sicherheitspolizei zu leistenden und durch Vertrag geregelten Beitrag ist die Königl. Polizeidirektion ist die bei der Volkszählung am 1. Dezember 1910 ermittelte Bevölkerungsziffer zugrunde zu legen. Sie betrug für Dresden 536 417. Hierzu kommt die auf 2257 festgestellte Einwohnerzahl des am 1. Juli 1912 eiterlebten Stadtteils Zollewitz. Im Haushaltplanentwurf ist hiernoch der Beitrag mit 538 674 × 1,50 M. auf 808 011 M. berechnet. Um nötigen betragen die Ausgaben für die genannten Positionen 958 910 Mark, die Einnahmen 147 863 Mark, so daß ein Zuschuß von 511 047 Mark nötig ist.

Ein Erstaunter.

Es wird uns gefaßt: In der letzten Sonntagsnummer brachten Sie einen Beitrag mit der Überschrift: "Die 'Sucht' nach Rente". Beim Lesen dieses Artikels befand man einen sonderbaren Begriff von der deutschen Altersfürsorge. Ich selbst bin Arbeitgeber und beschäftige eine ganze Anzahl Leute. Ich habe in meinem Leben auch tüchtig arbeiten müssen, stamme vom Lande und weiß, was landwirtschaftliche Arbeit zu bedeuten hat. Wenn man dann Beratungen lesen muß, so kommt man aus dem Staunen nicht heraus über die Urteilsfähigkeit des Arztes, der da sein Gutachten abgab. Ein altes, schwächliches und unterernährtes Müllerchen von 65 Jahren, das zettelbem in der Landwirtschaft schwer gearbeitet hat, soll nicht weniger Arbeitskraft besitzen als in den Jahren vorher! Das will ein Arzt behaupten, der vielleicht seine Ahnung von landwirtschaftlicher Arbeit hat, sie höchstens mit vom Sehen kennt. Er soll allein die Urteilsfähigkeit bejahen, ob ein abgedrehter und trauriger Mensch Altersrente zu erhalten hat oder nicht. Sind denn, wie in diesem Falle, Arbeitgeber und Gemeinde verstant nicht weit mehr in der Lage, einen solchen Menschen und seine Arbeitsfähigkeit zu beurteilen? Er wagt es noch noch, zu behaupten, es wäre nur "Sucht" nach Rente. Mit dem gleichen Recht könnte man von ihm behaupten, er hat die "Sucht", alle Rentenansprüche abzuweisen, aus Gründen, die man nur vermuten könnte.

Wenn schon Arbeitgeber über die vielerlei soziale Fürsorge in dieser Sünde urteilen, dann ist das wohl die denkbare schärfste Strafe und Entlohnung.

In der Kartose gestorben.

Im vorigen Jahre ereignete sich in der biesigen Jahreszeit des Herrn Dr. med. Breitenbach ein Todesfall, der Aufsehen erregte. Eine Frau war während der Behandlung durch einen Arztkollegen in der Kartose gestorben. Die Blätter — auch wir — berichteten darüber. Die gerichtliche Untersuchung des Falles wurde eingeleitet. Herr Dr. Breitenbach erfuhr uns nun, mitzuteilen, daß das Verfahren eingestellt worden ist. Der Beschuß lautet:

Auf Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft wird der Jahnarzt Maximilian J. in Dresden in Ansehung der ihm beigebrachten strafbaren Handlung (abschließender Tod der Verginnungschefer Petermann) außer Verfolgung gestellt, da nach den Ergebnissen der Voruntersuchung, insbesondere nach den ärztlichen Gutachten des Professors Dr. Braun und des Gerichtsarztes Dr. Oppo der Nachweis nicht gebracht werden kann, daß der Tod der versch. Petermann durch ein fahrlässiges Verhalten J.'s verursacht worden wäre.

Einen "Wohnungsfürsorge-Verein" hatte vor einiger Zeit der Dresdner Hausbesitzerverein gegründet. Ausgerechnet der Hausbesitzerverein! Man kann sich denken, was dabei herauskommt. Von einer Tätigkeit dieses kuriosen Unternehmens hat man so gut wie nichts gehört. Und die Mieter scheinen auch kein Verständnis für diese Art Fürsorge besaßen zu haben. So kann es nicht verwundern, wenn dieser Wohnungsfürsorge-Verein vor kurzem wieder aufgelöst wurde. Wahrscheinlich aus Mangel an Arbeit — so wie die Hausbesitzer sich gedacht hatten. Bei der Hauptversammlung des Hausbesitzervereins Ende März wurde die Auflösung beschlossen. Die Begründung des Vereinisses war eine recht verlegene.

Vermischte Nachrichten. An folge notwendiger Arbeiten an den Wasserleitungsbauwerken werden jetzt Schieberumstellungen und Abspülungen vorgenommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß aus diesem Anlaß in den westlichen Vorstädten der Altstadt und der Neustadt vorübergehend Trübungen des Leitungswassers eintreten. — Ein neues Café wird demnächst in der Nähe des Hauptbahnhofs auf dem Grundstück Prager Straße 58, dem heutigen Bahnhofsviertel Michael Koefless gehörte, errichtet werden. In diesem Zwecke hat man mit dem Abornach des Hauses begonnen. Das Caf., dessen Eröffnung die Witte November dieses Jahres in Aussicht genommen wird, soll auf das eleganste ausgestattet werden.

Der Sommerfahrtplan.

der Eisenbahnen, der am 1. Mai in Kraft trat, bringt auf einigen Linien im Dresdner Raum neue Änderungen, die vorher abfahrende Personenzüge an allen Sonn- und Feiertagen bis nach Bödenbach weitergeführt. Es fährt an allen Unterwegsstationen und ist daher vorteilhafter zum Aufkommen für diejenigen, die am zehnten Maiwochenende schon in den oberen Teilen der Sächsischen Schweiz sein wollen. An allen Sonn- und Feiertagen während des Sommerhalbjahrs wird vormittags 7 Uhr 3 Minuten vom Hauptbahnhof aus nach bedeckter Personenbeförderung angefertigt, der in Pirna, Schönau, Struppen, Döbeln-Mühlau und Stolpen läuft und 8 Uhr 20 Minuten in Bödenbach eintrifft. Die Vorzüglichkeit des Dresdner Hauptbahnhofs am 7. Uhr 25 Min., abends 9 Uhr 28 Min., 10 Uhr 10 Min., und nachts 2 Uhr 40 Min. nach Pirna, abends 8 Uhr 54 Min. anstehen die 4. Wagengattie. — Auf der Linie Pirna — Görlitz werden die Züge vormittags 9 Uhr 58 Min. und nachmittags 4 Uhr 32 Min. in Pirna vom Gottsdorfer Bahnhof aus und vorabends 10 Uhr 22 Min. von Pirna nach Görlitz aus und zurück halten. Der jetzt nachmittags 5 Uhr 23 Min. von Pirna abfahrende Personenzug nimmt fünfzig mal den Aufschluß von dem Zuge 4 Uhr 40 Min. nachmittags ab Dresden auf, reißt die Züge 5 Uhr 40 Min. nachmittags ab Pirna schon 5 Uhr 6 Min. — Linie Dresden — Görlitz — Bautzen — Görlitz: Der abends 7 Uhr 21 Min. von hier abfahrende Personenzug wird bis Weißig weitergeföhrt und der jetzt abends 8 Uhr 34 Min. von Görlitz abfahrende Personenzug verläßt Weißig 8 Uhr 33 Min. abends, Görlitz 8 Uhr 48 Min. und trifft in Dresden Hauptbahnhof 9 Uhr 23 Min. ein. Weißig werden zwischen Dresden und Görlitz vier Personenzüge für Weißig ausgenommen, und zwar: ab Dresden Hauptbahnhof 5 Uhr 20 Min., in Görlitz 5 Uhr 23 Min. und ab Görlitz vormittags 6 Uhr 10 Min. Der unten zwischen Bautzen und Görlitz verkehrende Personenzug verläßt Görlitz und fährt an ihm alle über Freuden-Ahlsdorf-Bautzen-Bahnhof verkehrenden Personenzüge hinter. Außerdem wird die neue Personenzuglinie von den beiden Dresden — Bödenbach — Großenhain Personenzügen bedient. Für den Hartwallbahnhof wird Montags und Freitags ein neuer Zug früh 2 Uhr 55 Min. von Weinböhla über Görlitz — Dresden — Leubnitzstadt nach dem Weinböhla-Bettiner Straße (Anfang 3 Uhr 45 Min.) geführt. Dienstags, Donnerstags und Sonnabends wird im Aufschluß den 4 Uhr 46 Min. von Weinböhla abfahrende Personenzug zur Überführungszug von Dresden-Leubnitzstadt nach Bettiner Straße (Anfang 5 Uhr 34 Min. vormittags) abgeleitet. Damals steht es, als ob man von der bedeckten Verlegung der Görlitzer Züge vom Hauptbahnhof nach Bettiner Straße absieben möge. — Auf der Linie Döbendorf — Ripsdorf verkehrt ein neuer Zug nach Ripsdorf, und zwar: mittags 12 Uhr 10 Min. ab Ripsdorf, nachmittags 1 Uhr 12 Min. in Döbendorf (Anfang 2 Uhr 13 Min. nachmittags) und abends 9 Uhr 15 Min. ab Hainsberg, 10 Uhr 49 Min. in Ripsdorf (Anfang 2 Uhr 13 Min. nachmittags) abgeleitet. Damals steht es, als ob man von der bedeckten Verlegung der Görlitzer Züge vom Hauptbahnhof 6 Uhr 48 Min. ab Hainsberg nach Ripsdorf in Ripsdorf abfahrende Personenzüge absieben möge. Der unten zwischen Döbendorf und Ripsdorf verkehrende Personenzug verläßt Ripsdorf 1 Uhr 12 Min. und 2 Uhr 13 Min. ab Hainsberg nach Ripsdorf und trifft in Ripsdorf 2 Uhr 15 Min. ein. Der jetzt nachmittags 2 Uhr 6 Min. von Görlitz-Potschappel nach Rösen verkehrende Personenzug verläßt Potschappel ab 1. Mai schon 1 Uhr 30 Min. (ab Dresden Hauptbahnhof 1 Uhr 18 Min.), er kommt 2 Uhr 16 Min. nach Bödenbach und 3 Uhr 55 Min. nach Rösen. Der Fahrtplan bei anstehenden Linien Görlitz-Meissen-Triebischthal und Meissen-Triebischthal-Pomßen zeigt nunmehr über durchgehende Zugverbindungen in jeder Richtung mit guten Anschlüssen in Bödenbach und in Meissen-Triebischthal. — Auf diesen Nebenbahnen soll auch die 4. Klasse eingeführt werden. In Hainsberg stehen schon neue Wagen bereit.

Aus der Umgebung.

Sachsen. Als Täter der in der Nacht vom Sonntag zum Montag am Schlesischen in der Schulstraße verübten Sachbeschädigung sind eine Anzahl junge Dusiens aus Mohlsdorf und Brütewitz ermittelt worden.

Niederschlesien. Ein Unfall ereignete sich bei der Firma Nelle u. Hildebrand. Einem Lehrling wurde durch das flüssige Metall ein Stein derartig schwer verbrannt, daß sich seine

Überführung ins Johanniter-Krankenhaus Dohna-Heidenau nötig machte.

Kesseldorf. Gestern Mittwoch abend in der neunten Stunde wurde ein Meteor gesehen, der in biesiger Gegend niederging.

Erzgebirge. Streit um einen Bahnhofbergang. Ein interessanter Begegnung wurde nach mehrjähriger Dauer zwischen dem Oberverwaltungsgericht in Dresden entschieden. Von Zschopau führt nach König der sogenannte Mühlweg, der die Bahnlinie Leipzig-Dresden und die Bahnlinie Dresden-Gittersee-Goschwitz im Schienenniveau kreuzt. Früher ist er unbestritten öffentlich gewesen, 1877 aber zur Einziehung gezwungen. Da die Gemeinde Zschopau gleichzeitig im Jahre 1908 bei der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen geltend macht, daß der Weg öffentlich sei, erhob der Justizrat bei der Kreischausamtsgericht Klage gegen die Gemeinde mit dem Antrage, festzustellen, daß dem Bahnhofbergang die Eigenschaft eines öffentlichen Weges nicht zukommt. Die Gemeinde Zschopau behauptet unter Beweisung von Zeugen, daß der Weg trotz seiner Einziehung immer unverändert und unbehindert dem öffentlichen Verkehr dient habe, die Einziehung also tatsächlich nie beauftragt worden sei, daß die Generaldirektion im Jahre 1893 von der Gemeinde Zschopau irrgewisse (?) beauftragten Einziehung widergesprochen habe und daß letztere nicht jährlings erfolgt sei, weil der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur läge und die restale notwendige Nutzung der Gemeinde Raumendorf nicht dem Zuschlag entgeht. Die Kreischausamtsgericht entschied zugunsten des Zuschlags, indem in dem Klageantrage aufgewiesen wurde, die Gemeinde Zschopau Verfehlung ein, in der u. a. noch ausgeschlossen wurde, die ununterbrochene Nutzung des Weges auch nach seiner Einziehung habe ihren Grund darin, daß der Weg die einzige direkte Verbindung zwischen den Gemeinden Zschopau und König darstelle, daß der Weg seitdem sich zwischen Zschopau, König und Raumendorf ausgetauscht habe, zu einer Lebensverbesserung für Zschopau und die Raumgemeinden geworden sei. Das habe auch die Generaldirektion im Jahre 1893 anerkannt, indem sie damals selbst energetisch für die Tiefenungabe des Weges eingesetzt sei, da er wegen des starken Verkehrs, der ihn auf ihm entwidmet habe, nicht zu entbehren sei. Der Einziehungsurteil vom Jahre 1877 habe gar nicht dem Willen der Gemeinde entsprochen, er sei lediglich gefaßt worden, um die der Gemeinde lästig werdence Unterhaltungspflicht von dem gewidmeten. Das Oberverwaltungsgericht hat das Rechtsmittel verwarf und begründet aufgeklärt: Daß der König 1877 auf Antrag der Gemeinde Zschopau in einem ehemaligen Weiler Zschopau einen öffentlichen Weg einzogen und dadurch seiner Einwohner ausserordentlich starke Verluste mit einer großen Arbeiterverschiebung angelebt habe, zu einer Lebensverbesserung für Zschopau und die Raumgemeinden geworden sei. Das habe auch nicht vorausgesetzt, daß die Generaldirektion im Jahre 1893 anerkannt habe, die Unterhaltungspflicht von dem gewidmeten, beweise gerade, daß es der Gemeinde sehr erträglich war, den Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten nicht weiteres aus den Alten. Die Gemeinde habe auch nichts vorausgesetzt, was auf die Verlegung einer wesentlichen Formverschärfung bei jener Einziehung hinzuweisen könnte. Noch habe sie behauptet, daß der Weg zur Hälfte auf Raumendorfer Flur liege und doch die Nutzung blieb Gemeinde Zschopau zur Einziehung völlig genügt sei. Es sei aber schon zweiseitig, ob die nachstehenden fortwährenden Kosten

Donnerstag den 17. April 1913

Achelder Mag. Hanschke an, der seinen Einwohnerchein bei sich hatte. Mit dessen Vermittlung wurde der 20 M. im Wert stehende Kessel für 1750 M. verkaufte. Er erhielt 6 Monate Gefängnis. Er wurde freigesprochen, da er von dem Diebstahl keine Kenntnis hatte.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Zimmerer Dresden

nahmen in einer imposanten Versammlung gestern abend im Kristallpalast den Bericht der Lohnkommission über die örtlichen Vertragsverhandlungen entgegen. Den Bericht erstattete Kamerad Rösch. Referent führte aus: Wenn die Versammlung mit dem Ergebnis der Verhandlungen einverstanden sei und ihre Zustimmung gebe, dann hilde die Versammlung den Abschluss in der diesjährigen Tarifbewegung für Dresden und die Dresdner angekündigten Vertragsgebiete. — Herdorgehoven wurde, daß in den Verhandlungen die Wachtvorhältnisse der Organisationen beider Parteien zum Ausdruck gekommen sind. Nun durch das zähe Verhalten unserer Lohnkommission und durch das unüberlegbare statistische Material ist es gelungen, in mehreren Sitzungen, die bis in die Nacht hinein anhielten, den Vertrag für die Vertragsperiode so zu gestalten, daß beide Parteien mit dem Ergebnis zufrieden sein können. Die Zimmerer sowie auch die anderen beiden Berufsgruppen konnten bedeutendere Verbesserungen im Vertrag, als sie das vom Unternehmerbund vorgelegte Vertragsmuster enthielten. Auch die Schwierigkeiten, die im Vertragsvertrag entstanden waren und mit denen sich eine befondere Versammlung der Zimmerer beschäftigte, sind überwunden und haben zur Regelung geführt. Das Nebensündenwesen im Betriebesleben, das oft willkürlich von der Leitung eingeführt wurde, ist eingestellt worden. Auch für die noch auswärts versichten Arbeiter sind Erhöhungen der Auszahlungen eingetragen. Es wurden 1,75 M. für Belegschaft und 1 M. für ledige Arbeiter pro Tag bewilligt. Auch für Arbeiten, die über die üblichen Grenzen hinaus ausgeführt werden, wird von allen Unternehmern im Baugewerbe eine der Kilometerzahl der Entfernung entsprechende Entschädigung pro Stunde gewährt. Dieselbe beträgt 40 Pf. bis 1,50 M. täglich. Ein ganz besonderer Erfolg kommt für uns Zimmerer im Vertrage: der Abordnungsparagraph ist für die Zimmerer im neuen Vertrag in Weißföll gesunken. Dieser Erfolg wurde von der Versammlung mit Bravu aufgenommen. Die Lohnsteigerung soll in den Vertragsperiode I. Pf. betragen. Verteilt werden die 7 Pf. wie folgt: Sofort 2 Pf. am 1. September 1 Pf. so daß im ersten Vertragsjahr 3 Pf. gezahlt werden. Ab 1. April 1914 2 Pf. und ab 1. April 1915 bis 31. März 1916 wieder 2 Pf. Die Lohnzahllung hat ab 1. April 1914 am Freitag vor Feiertag zu erfolgen. Der Referent betonte am Schluß des Berichts, daß, was erreicht sei, in den Verhandlungen, ist das Werk friedlicher Vereinbarung. Wenn mehr erreicht werden soll, dann müsse man kämpfen. Das sei nicht der alleinige Zweck der Organisation; wenn aber trotzdem der Kampf durch die Schuld der Unternehmer an anderen Orten im Reiche entbrennen soll, dann trifft nicht uns die Schuld, sondern die, die den Kampf heraufbeschworen haben. Die Dresdner Zimmerer würden dann auch den Kampf ausgeschlagen verstehen. Kamerad Rösch empfahl der Versammlung, dem Angebot der Unternehmer die Zustimmung zu geben. Die Debatte war sehr lebhaft. In derselben kam von einigen Kameraden zum Ausdruck, daß die Lohnsteigerung nicht das gebracht habe, was notwendig sei, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Ferner wurde betont, daß die Mitglieder den neuen Vertrag besser zur Durchführung bringen sollen.

Die Abstimmung über den Vorschlag ergab folgendes Resultat: Von 1195 Mitgliedern, an die Stimme teil ausgetragen wurden, haben 881 für und 125 gegen Annahme gestimmt. Das Resultat der Abstimmung wurde mit Beifall aufgenommen.

Zum Schluß wurde von einem Kameraden beauftragt, für die arbeitslosen Mitglieder, die ausgesteuert sind, eine besondere Unterstützung aus dem Notfonds zu gewähren. Von Kamerad Rösch wurde die Erklärung abgegeben, daß der Vorstand sich mit der Frage schon beschäftigt habe und der am 27. April stattfindenden Zahlstellenversammlung Vorschläge unterbreiten werden. Vorarbeiten seien schon gemacht. Nach einem kräftigen und mit Begeisterung aufgenommenen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Lokales.

Metallarbeiter!

Der Streit bei der Firma Pöhl u. Zelgner, Glühlampenfabrik in Dresden, Schandauer Straße 70, dauert unverändert fort und ist bis jetzt fernzuhalten. Die Betriebsverwaltung.

Aus der Umgebung.

Streit in den Vereinigten Eschebachischen Werken in Radeberg.

Die Hilfsarbeiter, Hofsarbeiter und Pader obiger Firma hatten die Direktion um eine Lohnsteigerung ersucht. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit einer Kommission war jedoch kein befriedigendes Ergebnis zu erreichen. Eine Aufbesserung der an sich niedrigen Stundenlöhne wurde abgelehnt. Dagegen will man ein Prämienystem einführen und sollen die Pader ein sogenanntes Rollgeld erhalten. Da dies aber nur für die Ware bezahlt werden soll, die versandt wird, könnten sich die Arbeiter hiermit ferneswegs zuscheiden lassen, da während des größten Teiles des Jahres auf Lager gearbeitet wird. Die Hilfsarbeiter und Hofsarbeiter sollten vollständig leer ausgehen. Die Arbeiter haben nun wiederholt versucht, die Direktion zu bewegen, eine direkte Lohnzulage für die Beteiligten zu bewilligen, was jedoch immer wieder schaffte. Die Pader, Hilfsarbeiter und Hofsarbeiter haben daher am Dienstag vormittag die Arbeit eingestellt. Zu dieser etwa 100 Arbeiter in Trüge kommen, dürfte sehr bald eine beträchtliche Sanktion des Betriebes zu verzeichnen sein und ist es gar nicht ausgeschlossen, daß hier auch die übrige Arbeiterschaft in Mittelschiff gezogen und schließlich der ganze Betrieb lahmgelegt wird. Die Arbeiter sind jedoch zu Verhandlungen bereit und hoffen, daß die Direktion sich noch herbeiläßt, den Arbeitern durchweg eine der jetzigen letzten Zeit entsprechende Lohnzulage zu bewilligen.

Vor Arbeitsannahme in diesem Betriebe wird hiermit gewarnt.

Die Betriebsverwaltung des Fabrikarbeiter-Verbandes in Radeberg.

Inland.

Unwahrheiten über den Stand des Schifferstreiks werden von den Unternehmern gefälschlich in der bürgerlichen Presse verbreitet. So wird behauptet, daß die Streikenden massenhaft zur Arbeit zurückkehren. Das entspricht nicht den Tatsachen, die Streikenden stehen noch fest und geschlossen im Kampfe. Die Verbandsleitung schreibt in ihren letzten Mitteilungsblättern:

„Die Arbeit darf nicht früher aufgenommen werden, bis hierzu die Anweisung der Organisationsleitung vorliegt. Es sei darauf hin gewiesen, daß vor Wiederaufnahme der Arbeit eine Generalversammlung dies zu beschließen hat.“

Wir bitten, vorstehendes besonders zu beachten, denn täglich laufen Meldungen bei uns ein, daß von Arbeitgeberseite aus verlautet wird, die Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen mit dem Hinweise, daß alles geregelt, alles bewilligt sei. Alle diese Behauptungen und Gerüchte sind falsch. Kollegen, bewahrt auch in der letzten Etappe des Kampfes eure Einigkeit eingedenkt des Wortes:

Rut Einigkeit führt zum Erfolg!“

Zu den Verhandlungen im Baugewerbe.

Den Vorschlag der Unparteiischen, nach Abschluß der örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe die zentralen Verhandlungen fortzuführen, haben die Parteien zugestimmt. Die Verhandlungen werden vorläufig am 22. April im Reichstagsgebäude beginnen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1912.

Trotz der großen Dezentralisation, die die Gemeinde- und Staatsarbeiter organisatorisch aufweisen, und trotzdem das Verhältnis Jahr eine Betragssteigerung von 10 Pf. brachte, hat der Verband im Jahre 1912 annähernd Fortschritte gemacht. Mit dem nominalen Mitgliedsvertrags von 3707 ergibt sich am Jahresende ein Mitgliedsbestand von 51.082; davon sind 1421 weibliche und 125 Jugendliche. Von diesen Mitgliedern waren am Jahresende 97,5 Prozent in Gemeindebetrieben und 2,5 Prozent in Staatsbetrieben tätig. Neben dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben noch organisierte Gemeinde- und Staatsarbeiter: verschiedene einzelfache Betriebe rund 3000, hiesische Dampfschiffe 1200, diverse unabhängige Vereine 2700, gelbe Gemeinschaften 200, seines mehrere Zentralverbände und lokale Vereine des Krankenpfleges und Pädagogikals etwa 6000. Außerdem haben andere freie Gewerkschaften 11.000 Mitglieder. Das würde insgesamt 78.400 Organisierte ergeben. Nehmt man hieraus die Zahlen der für dieses Organisationsobjekt in Betracht kommenden Staatsarbeiter mit rund 3400 ab, so verbleiben 75.000 organisierte Gemeindearbeiter. Da in sämtlichen Betrieben etwa 150.000 Arbeiter beschäftigt werden, so wären somit alles in allem etwa 50 Prozent organisiert. Letztlich verfügt diese Zahl der Organisierten eben fast an Stärke durch die Zersplitterung der Mitglieder in den vielen Korporationen. Kommen doch für die Organisation der Gemeindearbeiter 21 Zentralverbände und über 200 lokale Vereine in Betracht.

Vom Mitgliedsbestand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter fallen nahezu ein Drittel, nämlich 31 Prozent, die Beamten, ihnen folgen die Postämter mit 15 Prozent, Strafanstalt mit 10,8 Prozent, Wasser- und Elektrizitätswerke mit 8 Prozent, Krankenpflege und Pädagogik mit 6,3 Prozent, Müllabfuhr und Abwasserbefreiung mit 4,7 Prozent, Straßenbahn-Depot und Straßenpersonal mit 3,1 Prozent, Eisenbahnen, Spediteur-Anlagen, Marstall, Bahn- und Eisenbahn, Feuerwehr, Theater, Schulen, Dienststellen und Bediensteten mit weiteren Prozentzahlen.

Das finanzielle Ergebnis des jährlichen Verbandsbüro ist außerordentlich ähnlich. Die Einnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahr um circa 216.000 M. die Ausgaben um 207.000 M. erhöht. Die Gesamteinzahnen betrugen 1.239.930 M., die Ausgaben 1.045.597 M., so daß 184.332 M. zum Vermögen gestochen werden konnten, das insgesamt 846.853 M. ausmacht. Von den Ausgabenposten sind zu nennen: Krankenunterstützung 201.139 M., Arbeitsförderunterstützung 26.519 M., Sterbeunterstützung 46.137 M., Rechtschutz 6.191 M., Gewerkegremientunterstützung 6.653 M., Streitunterstützung 40.304 M., Soziale Unterstützungen 58.64 M., also zusammen 322.208 M. Für Verbundungen ohne Arbeitseinstellungen und für Agitation wurden 106.451 M. veransagt. Als Gesamtbilanz fand ein guter Fortschritt Jahr 1912 zu überwinden Schwerpunkt, der leichter zu lösen war.

Sohnbewegungen.

In dem Reiseleichen Basalt-Steinbrüche in Ratz Steinbrucharbeiter ausgeprägt. Der Grund zu der Aussteigerbewegung ist die Organisationsmöglichkeit der Leute zum Steinbrücherbetriebe. Alle Verträge des Verbandsdirektors, Genossen Staudinger, die Angelegenheit im guten Bezug zu bringen, schafften an der Hochstättigkeit des Unternehmers, der sich mit den Wohnhäusern seines Gewerbelebens vollständig einverstanden erklärte. Zugang ist streng fernzuhalten.

In einer Braunschweiger Zentrale und Gleisschmelze siedelt in Braunschweig eine, die von Arzten unterhalten wird, die Kraftwagen lenken, wurden die denkbaren Höhern gesetzt. Der Verband der Tätiler und Portefeuillier leistete in Gemeinschaft mit dem der Fabrikarbeiter eine Sohnbewegung ein, die ohne Streik den Arbeitern eine durchschnittliche Lohnzulage von 2 M. pro Woche brachte. Der bisher übliche Mindestlohn von 30 Pf. wurde sofort auf 38 Pf. erhöht, nach vierwöchiger Verhandlungsdauer auf 40 Pf., nach weiteren vier Wochen auf 42 Pf. Arbeit, die den Mindestlohn erhalten, bekamen eine Zulage von 2 bis 6 Pf. die Stunde. Die Berliner Organisationsleitungen der Metallarbeiter, Gußfertigung, Maschinen und Heizer, Holzarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Handarbeiter und Mitarbeiter nahmen zur Arbeitsschaffung in Berlin, Brunnensloche und Volksstraße.

Außland.

Hofarbeiterstreit. Jumme, 16. April. Die Hofarbeiter sind in den Hassland getreten. Der Arbeitgeberverband beschließt, die Arbeit auszusetzen, falls sie bis morgen die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

Generalstreit der Damenschneider und Damenschneiderinnen in Liverpool.

Am Liverpool haben die Damenschneider und Damenschneiderinnen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Neues aus aller Welt.

Detectiv und Auskunftsamt.

ac. Das standalöse Vorgehen des Detectivs Schwarz in der Sache Niemann hat die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf das gesamte Detectiv- und Auskunftsamt gelenkt. Es ist bekannt, daß sich auf diesem Gebiete besonders in den Großstädten unerhörte Misstrauen herausgebildet haben. Da gegen Schwarz ein Strafverfahren eingeleitet wird, darf man hoffen, daß die hier bestehenden Schäden einmal gründlich beleuchtet werden. Die Existenz unverlässiger Auskunftsämter ist im modernen Geschäftsleben eine Rot-

wendigkeit. Die geschäftlichen Beziehungen vieler Unternehmen sind so verzweigt, daß die Leiter derselben den Kundenkreis nicht überleben können. Sie müssen sich die für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit umstehenden Unterlagen durch Auskunftsämter besorgen lassen. Auch für die Aufenthaltsvermessung sämiger Schuldner kann diese Institute wertvolle Dienste leisten. Allerdings weiß jeder Geschäftsmann, daß die Zuverlässigkeit der Auskünfte in vielen Fällen sehr zweifelhaft erscheint und daß die persönlich oder durch Geschäftsfreunde angestellten Ermittlungen noch immer die sichersten Ergebnisse haben. Eine Verbesserung des gesamten Auskunftsvertrages ist dringend zu wünschen. Sehr beeinträchtigt würde der Augenblick der Auskunftsämtern für die Geschäftswelt durch die Verbindung mit dem privaten Detektivbüro. Die Ermittlungen in Entscheidungs- und Strafsachen und ähnliche heile Dinge bilden heute die Hauptaufgabe einer großen Anzahl in Großstädten massenhaft etablierten Detektiv- und Auskunftsämtern. Natürlich sind die Rechercheure, deren sich solche Institute bedienen müssen, ein recht bunt zusammengewürfeltes Volk. Da die Bezahlung dieser Detektive meist eine sehr schlechte ist, finden sich nur wenig wirklich qualifizierte Bewerber. Es wäre verfehlt, aus dem Hall Schwarz verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen. Es gibt in Deutschland eine ganze Anzahl altenommierter Auskunfts- und Ermittlungsbüros, bei denen Leute wie Schwarz wohl kaum Verwendung finden dürften. Sie haben sich aber auch Hunderte von zweifelhaften Instituten aufgetan, die schon manchen Schaden durch ihre Tätigkeit angerichtet haben. Wie viele Ehren, die an sich sehr harmonisch waren, sind dadurch in die Brüche gegangen, daß einer der beiden Ehegatten in unbegründeter Eifersucht den anderen durch ein Detektivbüro überwacht oder gar auf die Probe stellen ließ! Gar oft hat sich dann im Ermittlungsvertrage herausgestellt, daß die Detective die unglaublichesten Sachen aufgedeckt haben, lediglich um Material zu beschaffen. Bei der fristlichen Prüfung des Gerichts halten solche „Weise“ meist nicht stand, das Misstrauen und oft auch der völlige Bruch zwischen den Parteien ist jedoch in der Regel nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Eine strafrechtliche Verfolgung der kapitalistischen Detectives ist jedoch nur in den seltensten Fällen möglich. Wenn sich dieselben nicht gerade solche Verfehlungen zuschulden kommen lassen wie Schwarz in vorliegenden Fällen, ist meistens nur ihre Beurteilung wegen Verleidigung möglich. Die Strafe steht aber auch dann in gar keinem Verhältnis zum angerichteten Unheil. Es wäre zu wünschen, daß die öffentliche Kritik an dem Verhalten des Detectivs Schwarz die jüdischen Auskunftsämtern zu einem engeren Zusammenhalt und zu einer einheitlicher Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen veranlaßt. Nur dadurch, daß je die Schädlinge ihres Gewerbes offen brandmarken und das Publikum aufklären, können sie verhindern, daß sie mit den weniger faulen Erscheinungen auf diesem Gebiete identifiziert werden. Auch die berufenen Interessenvertretungen von Handel und Gewerbe sowie die Polizeibehörden sollten den Auskunftsämtern und Ermittlungsbüros größere Aufmerksamkeit widmen. Eine einzige Auskunft bildet unter Umständen die Grundlage weitgehender geschäftlicher Dispositionen. Es muß deshalb der Geschäftswelt die Möglichkeit gegeben werden, sich einwandfrei Informationen zu beschaffen. Ein Privatdetektiv sollte man aber ganz besonders scharf auf die Finger setzen und vor allem die nicht ganz einwandfreien Existenz dieser Art eliminieren.

Das Urteil der Staatsanwaltschaft zu der Sache Niemann.

Nachdem das Urteil über die Ermittlung der Todesurtheile des Gymnasiasten Niemann in Charlottenburg eingetragen worden ist, veröffentlicht jetzt die Staatsanwaltschaft des Landgerichts III folgende Erklärung: „In der Niemannschen Todesurtheilsaussetzung habe die inszwiß abgeschlossenen Ermittlungen zu folgendem Resultat geführt: Eine Verurteilung fremder Personen beim Tode des Niemann muß als ausgeschlossen gelten. Bei damals zur Peine hinzugetretene ärztliche Art Dr. Stern hat nach der Besichtigkeit der Leiche und insbesondere nach Art und Lage der Strangulierungsmarke am Halse des Toten verdeckt, daß mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit Selbstmord anzunehmen sei. Er hat diesen Standpunkt auch heute nicht geändert. Seine Ansicht steht weder der Sektionseindringlichkeit noch der sonstigen Sachbehalt bei Auffindung der Leiche entgegen. Bürgerliche oder andere Zeichen von Gewaltanwendung sind an dem Toten nicht wahrgenommen worden, auch nicht vom Haushalt der Familie Dr. Stern. Die Hände waren nicht gequetscht, vielleicht hatte der Tote eine ihm gehörige Schleife nur um das Kletten der einen Hand geschlagen, während das andere Ende der Seile lose in dem Rinnengrund der anderen Hand lag. Außerhalb war allerdings, daß die Erschaffung Heinrich nach dem Zustinden der Polizei nicht alsbald Hilfe herbeigeholt hat. Doch ist eine rasche Rettungsversuch in ähnlichen Situationen von meistlichen Sachverständigen auch sonst schon vorsorglich wahrgenommen worden. Ein Motiv zum Selbstmord war nicht zu erkennen, indessen kommt es häufig vor, daß Selbstmörder ohne erkennbare Beweggründe in den Tod gehen.“

Diese Sache domäne füllte und durch die neuen sehr eingehenden Erhebungen bestätigte objektive Sachverhalt erfuhr eine Änderung durch die Angaben, die Niemann Heinrich gegenüber dem Privatdetektiv Schwarz gemacht hatte. Die Art und Weise, wie dieses angebliche Geschehen zustande gekommen, und die näheren Umstände, unter denen es abgesetzt ist, lassen das Geschehen als vollkommen weritos erscheinen. Die Heinrich hat alsbald nach ihrer Verhaftung vor Gericht ihre Angaben widerrechtet, sie hat damals den Staatsanwalt in vollkommen glaubwürdiger Weise dargelegt, daß sie die Gesellschaft Schwarz gegenüber nur gemacht habe, weil diese durchaus eine gewaltsame Tötung des Niemann erachtet haben wollte und ihr für den Fall solcher Angaben die baldige Ehe in Aussicht stelle, während er im anderen Falle die Verlobung lösen und sie öffentlich blamieren wollte. Aus obigen erhebt, daß die Charlottenburger Kriminalpolizei bei der damaligen Aufführung des Todeshauses ihre volldomige Schuldigkeit gelten hat, so daß also die gegen sie erbrachten Vorwürfe als unbegründet bezeichnet werden müssen.“

Die männliche Bürgermeisterin.

Rom, 15. April. Das römische Tribunal behandelt noch einen Prozeß, dessen Thema lediglich ein bekanntes Schauspiel bedeckt. Der Bürgermeister des durch die drei Märkte des heiligen Venetius berühmten kleinen Städtchens Subiaco hatte geheiratet. Wir wissen nicht, ob es eine Liebesheirat oder eine Geldheirat war. jedenfalls stand die Tochter der Trauung Subiacos folgte. Als der treulose Hochzeitsgatte im Bett eines anderen Mannes umarmte und ihn zuführen konnte: „Endlich allein!“ o Weh, er entpuppte sich im Dämmer des Hochzeitsgemahns die schöne Frau eines jungen Manns. Natürlich lief der unglaubliche Ehemann und Vater der Stadt mit lautem Wehgeschrei davon und ließ die arme „Gattin“, eine geborene Anna Micozzi, unter Tränen sitzen. Nachdem die

derzähnlichen Sachbeschuldigen das wahre Wesen der Bürgermeisterin festgestellt hatten, bat jetzt das Gericht die Ehe annulliert. Die als Mann entpuppte "Dame" gab zu ihrer Entschuldigung an, sie hätte nicht gewusst, daß die Frauen anders gebaut seien als die Männer. Zum Bild hat der Bürgermeister von Subiaco die Sache nicht so tragisch genommen wie der Held des Westentlichen Dramas und wußt sich vermutlich mit einer anderen Bürgermeisterin trösten. Doch wird er diesmal hoffentlich vorstelliger sein.

Flug Paris-Berlin.

Die beiden Flieger Budemars und Daucourt sind von Paris abgeflogen, um einen Flug bis nach Berlin zu unternehmen. Der eine von ihnen, Daucourt, hat sein Ziel auch erreicht, während Budemars vorläufig nur bis Wanne in Westfalen gekommen ist. Es liegen folgende Melbungen vor:

Berlin, 17. April. Der gestern abend in Johannisthal gelandete französische Flieger Daucourt war gestern morgen 5 Uhr 30 Minuten bei Paris aufgestiegen und im Mittag 7 Uhr 30 Minuten gelandet. Nach zwei Stunden wieder aufgestiegen, gelangte er in kaum einer halben Stunde nach Köln. Als er gegen 1 Uhr in der Ferne Hannover liegen sah, gewußte er auch einen Flieger in der Luft und fand ohne Mühe den Landungsplatz. Er gab freundlich aufgenommen. Gegen 4 Uhr, als der Wind sich gelegt hatte, flog er weiter. Er folgte in der Hauptstraße der Eisenbahnstrecke Hannover-Berlin und kam bald nach 6 Uhr an das Flughafen Döberitz. Erneut Abflug, weiterzufliegen, mußte er infolge seiner Geschwürtung aufgeben. Die Morgenpost schreibt: Daucourt wurde vom Bevölkerung seine brillanten Flüge mit großem Jubel von einer zahlreichen Menschenmenge auf dem Berliner Flugplatz empfangen.

Wanne, 16. April. Der Weiterflug Budemars wird wahrscheinlich heute nicht mehr stattfinden können, da der Flieger bis 3½ Uhr in Wanne des heftigen Windes wegen, der dort herrschte, noch nicht gestartet war.

Ein neuer Unglücksfall auf der „Union“.

Dortmund, 16. April. Auf der „Union“ hat sich heute morgen ein neuer Unglücksfall ereignet. Als Arbeiter damit beschäftigt waren, mit einem Eisenstrahl Eisenstäbe hochzuwinden, löste sich plötzlich das Seil und der Mann stürzte mit seinem schweren Last in die Tiefe. Dreißig darunter beschäftigte Arbeiter wurden schwer verletzt, zwei von ihnen mußten gleich ins Krankenhaus gebracht werden. Zwei weitere Arbeiter wurden leicht verletzt. Die Arbeiter sind von einer Eingeschlossene.

Dortmund, 16. April. Der Unglücksfall auf der „Union“ dom 11. April hat nunmehr das vierte Benzinloch gefordert. Gestern starb im Kräutenzauber der Arbeiter Ludwig Göttsche. Er arbeitete am Hochofen Nr. 5, wo er durch aus dem Hochofen Nr. 4 herausgeschleuderte Rots- und Eisenstäbe sehr schwer verletzt wurde.

Unglücksstrophe auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“.

Duisburg, 16. April. Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ gestern heute früh 4 Uhr das hölzerne Fördergerüst in Brand und brachte teilweise in den Schacht, wodurch die Fördererförderung unterbrochen wurde. Im Schacht befanden sich 15 Personen. Mit den Einschließungen wurde sofort eine Beleuchtung hergestellt und gegen 11 Uhr vormittags konnten alle lebend geborgen werden. Einige hatten Verletzungen davongetragen. Neben das Unglück waren unangenehm überlebende Nachrichten verbreitet, man sprach sogar von 16 Opfern.

Der Schaden der Frühmärkte.

Aachen, 16. April. Gestern liegen zuverlässige Berichte über den Schaden, den die beiden Frühmärkte in unseren Städten und Weinbauorten angerichtet haben, vor. Die Apfelosen und Pfirsiche haben trotz der vorbeschriebenen Trocke sehr viel verloren. Die Kirschgärten ist zu drei Vierteln verbraucht, nur in einigen geschützten Berglagen steht man noch einige Blüten. Der Schaden in den Weinbergen ist bedeutend größer als erwartet, besonders an der Mosel, wogegen einige geschützte Orte am Rhein besser durchkommen sind.

Selbstmord eines Bürgermeisters.

Darmstadt, 16. April. Bürgermeister Leonhard Witsch von Erlensbach, einem Sohn mit 180 Einwohnern bei Aarau im Oberwallis, hat sich gestern erhängt. Da er zugleich den Posten eines Abreibers der Spur- und Vorlehrmäßigkeit bekleidete, wird vermutet, daß bei der Poste etwas nicht in Ordnung gewesen ist.

Starker Schneefall in Ungarn.

Budapest, 16. April. Hier ist neuerdings starker Schneefall eingetroffen, verbunden mit großer Stärke. Die Straßen im Telefon- und Telegraphenverkehr konnten nach nicht gänglich bestätigt werden.

Veranstaltungen.

4. Kreis, Bezirk Leisnitz. (Mitgliederversammlung am 13. April.) Genoss Herrmann erläuterte den Jahresbericht. Am verflossenen Geschäftsjahr ist die Mitgliederzahl von 757 auf 831, also um 94 neue Mitglieder gestiegen. Es haben sich 50 Männer, 3 Einwohner- und 18 Mitgliederversammlungen niedergelassen. Auger der Gemeindevertreterkonferenz im Kreis wurde eine in Einweihung in Bezugnahme mit dem Bezirk Weimar abgehalten, in der man sich über das Verhalten der Gemeindevertreter vertreten voraussetzte.

Genoss Dr. Grönauer ist der Redakteur des Kreisblattes.

Am 13. April im Restaurant Kämer in Neu-Modlitz ein Regierungsausschub für die Jugend stattfinden soll. Dann wird noch das Verhalten der bürgerlichen Gemeindevertreter der Gemeinde Modlitz feststellt. Dort ist man begeistert, unsere Vertreter aus allen wichtigen Ausführungen zu verdrängen. Nach einem Appell an die Bevölkerung, für starke Belebung zur Polizei zu agitieren und nach Erledigung verschiedener Genossenschaftsfragen wurde die Versammlung geschlossen. (Eing. 17.4.)

6. Kreis, 3. Bezirk. In der Mitgliederversammlung, die am 12. April im Saalbau zu Oberpfersdorf stattfand, referierte Genoss Sud über: Die Geschichte der deutschen Arbeiterversicherung bis zur Reichsversicherungsordnung. Der von großer Bedeutung zeugende Vortrag wurde mit lebhaften Beifall aufgenommen. Aus dem Kreisverband berichtete Genossen Küste. Der Posten eines Expedienten für die Tiefenwasser-Polizeileitung ist besetzt. Aus dem Rektorat sind Genossen Dr. Diederich und Imwold ausgeschieden. Genossen Dr. Grönauer ist angezeigt worden, einen Handelsstall in der Zeitung einzuführen. In die Zeitungskommission wählte die Versammlung der ausscheidenden Genossen Hensler-Döhnen ein-

hundert wieder. Es sollen 2000 Stück Jahresberichte des Kreises hergestellt werden. Ende April soll für die Frauen ein Bildungskursus beginnen. Den Anfang hält Genossin Grönauer ab. Begrenzt der Ratssitz wurde beschlossen, daß dazu die Cooperschule veranlassen müsse. Über abmarschierten, um sich dann den Vorläufer Genossen anzuschließen. — Zu der Sitzungsleitung wurden gewählt: als Sitzungsführer Genossen Blaue, als Stellvertreter Genossen Beller, als Schriftführer Genossen Fischer, als Revisor Genossen Blaue, als Beitragsammler Genossen Friedrich, Kommissar und Schreiber, als Zeitungskommissionsmitglieder die Genossen Beller, Hörner und Vogl. Vergmann und als Mitglieder der Kommission zur Gewerbe- und Handelsangelegenheiten die Genossen Schneider und Alfred Fischer. (Eing. 15.4.)

6. Kreis, Bezirk Bönnigheim-Welschhausen. In der Mitgliederversammlung, die am 9. April in der Einfamilien-Mühle Haffstein stattfand, zählte Genossen Hermann Wolf-Böddau einen anhänger interessierten Vortrag über: „Die Ehe in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Nachdem Webner über 1½ Stunden gesprochen hatte, erklärte er, daß er heute das Material nicht zu Ende führen könne, da es ausschließlich behandelt werden müsse. Er erklärte sich deshalb bereit, in einer der nächsten Versammlungen weiter zu referieren, womit man sich einverstanden erklärte. Genossen Trecheler berichtete sodann aus der Kreisvorstandssitzung. Er gab bekannt, daß im September ein Plenum unter der Leitung des „Vorstandes für die Jugendfürsorge“ stattfinden wird. In der Debatte wurde aufgeführt, daß in keiner Weise daran zu beteiligen. Von dem Webner in der Volkszeitung wurde bestimmt, daß der Arbeitsplan der Kommission für die zweite Kommissionssitzung besprochen. Es war angezeigt worden, vor den Sommerferien die zweite Sitzung in der Kommission zwar zu Ende zu führen, die Sitzung im Plenum aber in die Herbstsitzung zu verschieben. Unsere Genossen erhielten hiergegen Einspruch und ließen die Sitzungen so zu beschleunigen, daß das Geschäft noch vor den Sommerferien an das Plenum kommen kann.

Von den Überbergabesitzungen beantragten unsere Genossen, dem neuen Reich rückwirkende Kraft zu geben, so daß bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer Kraft. Sofern der Prinzipal binnen einer einmonatigen Frist die schriftlich verpflichtet, wenigstens die gesetzliche Einschränkung während dieses Jahres bezügl. wohnt der Zeit bis zum früheren Erlöschen der Konkurrenzlaufzeit dem Schluß zu zählen.

Die sogenannte „geheime Konkurrenzlaufzeit“, das ist ein geheimer Abkommen der Unternehmer untereinander und gegen die bestehende Betriebsvereinakte ihm anspucken sind oder unbedingt werden würden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann ein überarbeiteter Bestimmungsantrag angeworben; er gab dem Geley ebenfalls rückwirkende Kraft, soß aber die bestehenden Betriebsvereinakte erst ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes außer

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volfs-Zeitung!

Reichstag.

141. Sitzung. Mittwoch, den 16. April 1913,
nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesrechtstag: v. Jagow.

Etat des Auswärtigen Amtes.

Dritter Tag.

Schatzsekretär v. Jagow: Neben dem Vorfall in Paris hat der französische Minister des Außen aus seinem Botschaftsamt in Paris mitgeteilt, daß bis jetzt vorliegenden Nachrichten der Botschaftsbehörden einen genügenden Aufschluß nicht geben und daß daher ein hoher Staatsbeamter mit einer strengen Untersuchung des Vorfalls betraut worden ist. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Andererseits hat der kaiserliche Statthalter in Straßburg die Überlassung der von den Botschaftsbehörden in Weg über den Vorfall aufgenommenen Protolle in Rücksicht gestellt, die wir dann unserem Botschaftsamt in Paris überliefern werden.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Das zum Schanden in Peking nur ein des Chinesischen mächtiger Beamter ernannt wird, wie gestern hier gewünscht wurde, läßt sich nicht immer durchführen. Auch bei anderen Nationen ist das seltsamstes Stell der Fall. Wir haben auch mit Personen, die des Chinesischen nicht mächtig waren, sehr gute Erfahrungen gemacht. Auch die gestern erhobenen Fragen, während wichtiger Sitzungen sei der Gesandtschaftsposition in Konstantinopel umbezeugt gewesen, sind unberechtigt.

Abg. v. Wieszyński (Polen): Der Befreiungskampf der polnischen Männer auf dem Balkan verdient Bewunderung. Österreich ist ein großes Teil slawischer Staat; der Kaiser von Österreich identifiziert sich nicht, wenn er in Polen mit polnischen Deputationen zu empfangen und ihnen in polnischer Sprache zu antworten. Das mit vergleicht man die bei uns herrschende Unterdrückungspolitik gegen die Polen. Man spricht sowohl von Abschaffung. Notwendig ist eine Abtrennung des Tschechoslowakischen und der Ostmarkenpolitik (Bravo! bei den Polen.)

v. Bernstein (Soz.):

Herr v. Röhlischsen hat mir entgegnet, die Inseln des Segelkreises müßten bei der Türkei bleiben, wenn nicht unerträgliche Zustände für die Türkei geschaffen werden sollten. Das Gegenteil ist richtig. Wenn man die Inseln nicht an Griechenland, so werden die Zustände für die Türkei unerträglich, dann erleben wir dasselbe Schauspiel, wie bei Krete. Das die Inseln an den Dardanellen türklich bleiben, ist selbstverständlich. Das ist zum Schutz Konstantinopels unerlässlich, und aus demselben Grunde hätte man Konstantinopel den Türken lassen sollen, das war eine ganz geringe bulgarische, dogegen eine überwiegend türkische Besiedlung hat.

Weiter ist bestimmt worden, daß wir auf Rumänien dringen sollten, seine im Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen gegen die Juden zu erfüllen. Naum war die Rumänen nach dem Berliner Kongreß zu Haufe, als sie den Vertrag schon zu umgehen versuchten. Damals erhob die deutsche Regierung Einprotest (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und die neue Verfassung in der Rumänien sich eine Hintertür entgegen den Verhüllungen des Berliner Vertrages offen ließ, wurde von England, Frankreich und Deutschland nur mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf erkannt, daß man das Vertrauen zu Rumänien auf die lokale Ausführung des Berliner Vertrages habe. Naum war die Anerkennung aber vorhanden, so wurden die Versprechungen von Rumänien in den Papierkorb geworfen.

Ich glaube, die Realpolitik ist bei denen, die

Gerechtigkeit allen Nationen gegenüber

vertreten. Was könnten z. B. die Polen für Deutschland sein, wenn Deutschland ihnen gegenüber Gerechtigkeit übt? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jahrhundertlang sind die Freunde Englands und Freunde aller Freunde Englands gewesen. Nachdem jetzt eine liberale Regierung ihnen die Selbständigkeit gegeben hat, nochmals zwei Drittel des irischen Bodens in das Eigentum der irischen Bauern übergegangen ist, auf Grund einer anderen Enteignungsvereinbarung als der prähistorischen, auf Grund einer Vorlage, die die Landlords enteignet und den Boden dem Volk zurückgegeben hat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), stehen die Freunde treu zu England. Im Hinsicht auf die Missionen von Iren, die in den Vereinigten Staaten leben und dort einen starken Blockhüter bilden, ist dadurch auch die auswärtige Position Englands außerordentlich gestärkt worden. So würde auch bei uns eine Politik der Gerechtigkeit den Polen gegenüber eine sehr gute Realpolitik sein. (Begeistert Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Mitteilungen des Schatzsekretärs begnügt bei Vorfallen in Frankreich verstimmt und daß die unerträgliche Hölle gegen Frankreich eingestellt wird. Wenn selbst die ersten Mitteilungen wahr wären, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Hunderttausende von Deutschen unbedingt in Frankreich leben und arbeiten. Auch waren bei den Vorgängen keineswegs Arbeiter beteiligt, sondern das Publikum eines Radikalismus, und für die Taten eines Radikalismus müßten wir doch wohl auch Deutschland nicht verantwortlich machen. Wer den Frieden zwischen den Nationen will, muß dafür sorgen, daß jeder Stoff zur Verbesserung unterdrückt wird. Wir halten allen Deutschen gegenüber an dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Freundschaft der Nationen fest, und wir sind überzeugt, die unsere Politik wird den Sieg erringen. (Begeistert Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Die Resolution der Kommission betr. die Zulassung zum diplomatischen Dienst wird angenommen.

Beim Kapitel

"Gesandtschaften und Konsulate"

bringt

Abg. v. Liebert (Rp.) einen Fall schwerster Misshandlung zweier Berliner Schiffjungen auf dem Schiff "Reisebüro". Der eine junge Mann ist tatsächlich in einem Hafen in Chile deportiert. Um diese Zeit befand sich kein deutsches Konsulat. Er kam dann zum Generalkonsul in Valparaíso, der ihm aber sofort als er hörte, er sei deportiert, mit den Worten antwortete: "Dann kann ich nichts für Sie tun. Wenn Sie gerettet werden, haben Sie sich beim Schiffsführer zu beschweren." (Hört! hört!) Nach einem deutschen Konsulat in einem anderen Ort wurde er aus diesem Grunde abgewiesen. Er fand Schutz bei armen chilenischen Leuten, mußte aber, da der Schiffskapitän noch ihn suchte, in die Nähe fliehen, um Bergwerken arbeiten zu können. Währenddessen war ein Brief, den er an seinen Vater nach Berlin gesandt hatte, angekommen. Dieser telegraphierte an den Generalkonsul, bekam aber lange keine Antwort. Schließlich wurde der Fall in der Presse in Chile bekannt gemacht. Der junge Mann hörte davon, ging wieder zum Generalkonsul und bat ihn, an den Generalkonsul telegraphieren zu lassen. Dieser legte ihm das Telegramm auf, verweigerte ihm aber das Geld dazu (Hört! hört!), so daß er sich es zusammenbauen musste. Ganz ähnlich war es dem anderen Schiffjungen ergangen. Die beiden Männer haben beim Staatsanwalt in Bremen Klage gefügt gegen den Kapitän und die Mannschaft. Es heißt, daß der Kapitän die höchsten Bilder ihnen vom Schiff weggeschmissen habe. Als denn nun ergriff ich, daß unser Konsulat einen Antrag zur Verfügung haben müßten, um solche Misshandlungen im Ausland untersuchen zu können. Beobachtet schmerz-

lich ist für mich die Brutalität der deutschen Konsulen und die Zerstörung der deutschen Konsuln gegenüber dem humanen Verhalten der einfachen Chilenen.

Witt. Sch. Legationsrat Schmidt-Dargit: Das Resultat der sofort vorgenommenen Untersuchung dieses Falles liegt noch nicht vor. Der Generalkonsul in Valparaíso erhielt im Oktober 1911 einen Brief, worin sich der Ausschüsse über das Verhalten des Konsuln und der Mannschaft beschwerte. Dem Konsuln wurde sofort Bestellung gegeben, daß er sofort Bericht geben sollte. Inzwischen war der junge Mann über Bord gesprungen, ohne die weitere Entwicklung abzuwarten. (Große Heiterkeit.) Die Verfolgung des Falles verzögerte sich mehrheitlich, weil er, als er in die Wüste entfloß, seine Adresse nicht zurückgelassen hatte. (Schlafendes Gelächter.) Er hatte doch Zeit gehabt, an seine Eltern nach Berlin zu schreiben. Daß der Konsuln ihm nicht gleich alles zu Gefallen tat, lag wohl an der äußeren Situation. Er stand aber hinter der Person, die ihn aufgenommen hat. Daß er ihm zum Telegraphieren sein Geld gab, lag daran, daß der junge Mann nicht bestimmt Anträge gestellt, die weitere Entwicklung abzuwarten. (Große Heiterkeit.) Die Verfolgung des Falles verzögerte sich mehrheitlich, weil er, als er in die Wüste entfloß, seine Adresse nicht zurückgelassen hatte. (Schlafendes Gelächter.) Er hatte doch Zeit gehabt, an seine Eltern nach Berlin zu schreiben. Daß der Konsuln ihm nicht gleich alles zu Gefallen tat, lag wohl an der äußeren Situation. Er stand aber hinter der Person, die ihn aufgenommen hat. Daß er ihm zum Telegraphieren sein Geld gab, lag daran, daß der junge Mann nicht bestimmt Anträge gestellt, die weitere Entwicklung abzuwarten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Wieszyński (Polen): Der Befreiungskampf der polnischen Männer auf dem Balkan verdient Bewunderung. Österreich ist ein großes Teil slawischer Staat; der Kaiser von Österreich identifiziert sich nicht, wenn er in Polen mit polnischen Deputationen zu empfangen und ihnen in polnischer Sprache zu antworten. Das mit vergleicht man die bei uns herrschende Unterdrückungspolitik gegen die Polen. Man spricht sowohl von Abschaffung. Notwendig ist eine Abtrennung des Tschechoslowakischen und der Ostmarkenpolitik (Bravo! bei den Polen.)

Abg. v. Bernstein (Soz.):

Wenn der junge Mann so wenig Verstand gehabt hat, so lag das daran, daß er den Eindruck eines armen Menschen hatte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In einem Streit zwischen Schiffselementen und Kapitänen oder Reedern stellen sich unsere Konsuln in der Regel auf die Seite des Kapitäns. Herr v. Liebert meinte, der Schiffjunge stelle nicht nicht im Verstand, sondern im Lehrverhältnis, bedürfe also besonderen Schutzes. Dieser Schutz hat der deutsche Reichstag bei Schaffung der Seemannsordnung den armen Schiffjungen aber vorbehalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Disziplinarverhältnis ist auf den Schiffen so geregelt, daß jedes feinen Vorgehen ohne weiteres zu gebotnen ist, der Steuermann dem Kapitän, der Matrose dem Steuermann und der Schiffjunge dem Matrosen. Da die Schiffjungen Söhne gebildeter Eltern waren, ist es möglich, daß die Seemannsordnung und ihre nötige Rechtsfähigkeit gekennzeichnet haben. Wenn ein Konsul hört, daß ein Schiffsmann defekt ist, so hat er nach der Seemannsordnung dafür zu sorgen, daß der Schiffsmann gewaltig wieder an den Schiffen verbleibt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das kommt sehr oft vor. Wir haben uns bei der Seemannsordnung alle erdenkliche Müh gegeben, für diese armen Schiffjungen einen gewissen Schutz durchzusetzen, aber die Weisheit des Reichstages hat das abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Doch folgte Widerhandlungen momentan der armen Schiffjungen häufig vorkommen, ist jedem, der an der Wasserlinie zu Haufe ist, bekannt. Die blauhaarigen Schiffer warenheimerzeit berühmt, daß sie die besten Matrosen ausbildung, aber auch berüchtigt dafür, daß bei ihnen die schlimmsten Widerhandlungen vorkommen. Aus den Darlegungen des Regierungsvorstellers ging die

allgemeine Ungehorsamkeit des Auswärtigen Amtes

folgenden Angaben gegenüber hervor. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So heißt, der Kapitän hat die schlimmsten Leute schon weggeschickt. Daß die Schiffjungen waren, sagt sich noch, wahrscheinlich wird er die weggeschickt haben, die ihm bestellt hätten. Die deutsche Regierung wird sich im Auge nehmen, defektierte Schiffjungen irgendwie hilfreich zu stellen, zu lassen, daher werden sich die Schiffjungen eben immer auf den Rücken des Geistes legen. Wäre an dem Orte, wo der junge Mann defektiert, ein Konsul gewesen, so hätte er ihm sicher wieder auf das Schiff zurückgebracht, die Widerhandlungen hätten sich verdoppelt, der junge Mann wäre vielleicht am Vergesellschaftung über Bord gegangen, und es hätte dann gehören: Ein Schiffjunge ist über Bord gefallen, der Grund hat nicht aufgefäßt werden können. Es war also ein Glück für den jungen Seemann, daß an dem Orte, wo sie defektierten, kein deutscher Konsul vorhanden war. Sie haben einmal an einem Seele erfahren, was es heißt, Untergang auf einem solchen Stütze zu sein. Wenn Sie diese Frage näher prüfen, werden Sie vielleicht bei den nächsten Abstimmungen darüber mehr Schutz zu gewähren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Sender (noll): Das größte Glück für die Jungen ist jedenfalls gewesen, daß sie einen energischen Vater gehabt haben. Der Vater zeigt, daß unser Konsulat eben sehr reformbedürftig ist. Konsulat findet die Jungen Gottselig in Deutschland nicht, und wir wollen das gerechte Verfahren gegen den Schiffer abwenden.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel "Vortrag für das Orientalische Seminar" wird die Resolution der Kommission, die seinen Ausbau zu einer deutschen Auslandsbehörde verlangt, angenommen.

Beim Titel "Förderung deutscher Schulen und Unterrichtsschulen" entschließt

Abg. Röder (Rp.): die Resolution der Kommission, die eine Denkschrift über die deutschen Schulen im Ausland verlangt.

Die Resolution wird angenommen.

Der Titel des Staatssekretärs wird bewilligt. Es folgt der

Statut des Reichskanzlers und der Reichsdelegierten.

Hierzu verlangt eine Resolution Abg. v. Liebert (Soz.) einen Gesetzentwurf, der für die Reichstagswahlen zum Schutz der Kinderheiten und zum Zwecke der wirklichen Durchführung des gleichen Wahlrechts die Verhältnissewahl und eine diesem Wahlverfahren entsprechende Gestaltung der Wahllokale einführt.

Eine freilinige Resolution sowie eine der Wirtschaftlichen Vereinigung wünschen die Einführung von Beamten- und Angestelltenausköpfen.

Abg. Dr. Grabmaier (Soz.):

Wie leben im Jahre der Jubiläumsfeiern, nicht nur das Jubiläum von 1818 wird gefeiert, sondern auch das 25jährige Geburtstag des Regierungsdienstes des Kaisers soll festlich begangen werden. Man hat sich den Tag verabschiedet, wie das am besten geschehen könnte. Es wäre eine nicht üble Idee, alle 25 Jahre einmal ein Feierjahr einzulegen, an dem keine Wahlen gehalten werden, und kein Wahlfest stattfinden. Wie sehen, daß in den vergangenen 25 Jahren das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes sich vollständig umgewandelt hat. Dual der Tätigkeit und des Fleißes Comptoirs-Möbel mit dem nächsten Verkaufstage abzählen mögeln.

Deutschlands groß geworden, vor allem hat sich aus der Tiefe der Gesellschaft die Klasse der Arbeiter emporgehoben, die Anteil gewonnen will an den Gütergütern und Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes. Umso schwerer empfunden man, daß die politischen Zustände dieser gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltung nicht entsprechen. Bezug auf die Seldschukregierung ist das deutsche Volk nicht vorwärts gekommen, während in anderen Staaten, z. B. in England, der politische Aufstand sich den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt hat. In Deutschland ist der

Zustand des halben Absolutismus und des Bürokratismus erhalten geblieben; die konervative Partei, die bei den Wahlen kaum ein Gewölbe der Stimmen erhalten hat, herrscht in Preußen und in Deutschland. Dann braucht der Reichskanzler sich nicht zu wundern, daß in weiten Teilen seiner Zuständigkeit eine Jubiläumsfeier vorhanden ist. Das deutsche Volk soll in diesem Jahre persönliche und finanzielle Opfer bringen, aber vergebens fragt man nach der Jubiläumsfeier unter der Herrschaft.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei einem fruchtbaren Vorwärtsstreben kann man in der Herausgabe Hoffnung nicht sprechen, es ist ein Kaugummi des Status quo, des Stillstands. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein längst überstiegen Erwartungen zu festgehalten werden. Bei der Militärvorlage reicht sich der Reichskanzler auf den angeblichen Bildern des Volkes. So es gibt um wichtige Wünsche des Volkes handelt, spricht er nur von den roten Stimmzettelhäusern, da widerstreitet ihm die Demokratie im höchsten Maße. Im Januar des vorjährigen Jahres hat eine ungemeine Mehrheit des Volkes eindringlich den Bildern gewünscht, es sollte mit der gegenwärtigen Politik ein Ende haben. Aber der Reichskanzler hängt ja nicht vom Volke ab und glaubt diesem Stupe nicht folge leisten zu brauchen, er ist nicht ein Kaugummi für die Entwicklung, sondern gegen die Entwicklung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Statt in nicht er allein schuldig, sondern vor allem die Vorsetzen dieses Hauses, und nicht bloß die ehemalige schwärzende Mehrheit, sondern in erster Linie die Nationalliberalen, die nicht den Konservativen entschieden genug vorwärts drängen. Auf ihrem Parteitag sprach Herr Vassermann am ersten Tage, es seien Garantien für die freiheitliche Entwicklung des deutschen Volkes notwendig. Dann trat aber am zweiten Tag Herr Friedberg mit seinem nationalliberalen Freunden auf, weiter gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht und trat ein für den sogenannten Arbeitswilligenwahl. Bei den Nationalliberalen ist, wie sie hier wieder zeigte, es unmöglich, eine bestimmte Farbe festzustellen, es gibt ein großes Gemisch aus den Farben des Sammelbundes und denen des Sozialdemokraten. Der Reichskanzler hält an dem Programm der Sammlung aller bürgerlichen Parteien nicht fest, sondern hofft immer noch mit dem

Dreibund aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen eine Politik zu machen, durch welche jeder wüßtlich überreicht unmöglich wird. Auch bei den Steuervorlagen wünscht er das, und wir werden abwarten, ob die Nationalliberalen die Anfänge einer gerechten Steuerpolitik dem deutschen Volke versprechen.

Jafrage nach dem Reichskanzler nach der jüngsten Stellung der Reichsregierung zum Orden Jesu. Es scheint etwas vorgegeben, man sagt, es wäre ein Handel geschlossen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Spahn nach dem Motto: Soldaten gegen Jesuiten. Das Zentrum soll Laufende von Offizieren bewilligen, und die Regierung duldet Laufende von Jesuiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein solches Handebegüßt wird den Reichsland unserer Politik beweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einige kleine Veränderungen, die durch den Reichstag erreicht sind, erkennen wir gerne an, aber sie sind der Regierung erst im laufenden Jahre abzugeben werden. Auch bei dem neuen Zusammenschluß der Bauernpartei ist das der Fall. Wir hätten wüßtlich einheitliche und gleichartige Uren aus Reichsmittel gewünscht, bei den vorgelegten Bekanntmachungen befinden wir noch unzureichende Schwierigkeiten bei den Wahlen. Auch dieser kleine Fortschritt ist den Sozialdemokraten zu verdanken; sie erinnern an die beständige Abhängigkeit des Staatssekretärs des Innern vom preußischen Polizeiminister, die hier aufgedeckt wurde. Und das hätte Herr v. Delbrück seinen konservativen Freunden die kleine Unannehmlichkeit dieses Zugeständnisses nicht bereitet. Herr Delbrück sollte uns eigentlich dankbar sein, daß vor ihm zu diesem Sieg über die preußischen Konservativen gekommen waren (Kauder redet). Sie leben, wie gerade wir Sozialdemokraten positive Arbeit verrichten.

Aber bei diesen kleinen Fortschritten kann von einer Abkehr von dem Konservativen Kurs gar keine Rede sein. Noch immer haben wir nicht die Herabsetzung der Altersgrenze für die Gewährung der Abberufung von 70 auf 65 Jahre erreichen können. Wir benötigen möglicherweise eine Schenkung der Witwen- und Waisenbezüge, die heute nur ein flüchtiges Element sind. Wie möglicherweise weiter ein erhöhter Sozialversicherung, eine großzügige Süßigkeitenförderung, eine Ausgabenbegrenzung der Zubehörlebensmittel, eine Reichswohnungsgesetzgebung im großen Stil. Aber in all diesen Fragen holt es: Es ist kein Geld da. Die Regierung verlangt jetzt eine Militärmilliarden. Wie wäre es, wenn man auch einmal

eine Ruhmeshalle

aufzubringen wolle. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht nur statt ½, Preis, 1 Preis zu erheben.

Wie steht es weiter mit den Rechten der Arbeiter? Das Konservativenrecht wird nicht gefordert, sondern es erhält fortwährende Widerhandlungen. Der Gedanke der Arbeitslosenunterstützung findet nicht vorwärts. Bei den sozialpolitischen Debatten bedeutet die Ausführungen des Herrn Delbrück nichts anderes, als daß Schluß mit der Sozialpolitik gemacht werden soll. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird fortwährend behindert von Polizeibehörden. Reichs- und Staatsbeamte und Angestellte werden ihres Vereinigungsrechts beraubt, die Jugendvereine, Turn- und Sportvereine der Arbeiter werden unter die politischen Paragraphen des Vereinsgesetzes gestellt. Das Verboten der Polizeibehörden im Braunschweig gegenüber unserem braunfahligen Genossen Comptoir-Möbel ist geradezu eine Schande. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Präsident Pasche rüstet den Redner zur Ordnung. — Bravo redet.

Die Taktiken werden sie sich selbst sprechen. Die Behörde in Braunschweig hat die Ausstellung in der denkbaren Form vollzogen. Man hat Comptoir-Möbel nicht einmal die Möglichkeit geben wollen, auf dem Balkon liegende Speise zu sich zu nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat ihm im Wartesaal

die Braunschweiger Polizei einem deutschen Reichsangehörigen bestätigt vorzuweisen!

Das beweist, wie schlimm es mit den freiheitlichen Garantien, von denen Herr Voßkämmer sprach, bei und in Deutschland noch besteht ist. Herr v. Dallwig hat über diesen Fall im Abgeordnetenhaus eine jener Reden gehalten, die Sozialdemokraten kein hören, aber von dem größten Teil der deutschen Bevölkerung nur mit einer gewissen Heiterkeit aufgenommen werden können. Er hat den 4½ Millionen sozialdemokratischen Wähler einfach das nationale Empfinden abgesprochen. Sein nationales Empfinden hat er dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er neue Beihilfe der preußischen Nation in volliger Entziehung erhalten will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von überigen hat er die Tatfakten vollständig verdeckt, wenn er davon sprach, es hätte ein Ausländer gegen einen einzelnen vorgezogen. Man spricht ja immer von der ungeheurelichen Begeisterung des deutschen Volkes für die Wahlungsvorlagen. Wie kann man da die Meinungsäußerung eines ausländers so tragisch nehmen? Aber die Herren glauben eben leicht nicht an die große Begeisterung im Volle für die Wahlungsvorlage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von übrigen enthielt die Rede Compte-Morels lediglich eine Darstellung der französischen Verhältnisse und einen Protest gegen den französischen Chauvinismus. Er wollte den deutschen Arbeitern zeigen, daß es in Frankreich nicht nur solche Chauvinen gebe, wie sie sich etwa in Nancy gezeigt haben, er wollte sie den Freuden zwischen Deutschland und Frankreich wirken. Unserer Freunde Jaurès hat man ja hier in Berlin sprechen lassen, nicht in französischer Sprache, sondern damit es die Freude besser verstehen könnten, in deutscher Sprache. (Heiterkeit) Umso mehr kann und diese kleine Politizierung gegenüber Compte-Morel nur vor dem Inland und Ausland mit Spott bedeuten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre mir lieb, wenn der Reichsanziger über diesen Fall seine Auffassung sagen würde. Allerdings hat Herr v. Dallwig bereits dem Ministerpräsidenten von Preußen vorgeschriften, und so wird es für den Reichsanziger nicht ganz leicht sein, eine etwa von dem Polizeiminister abweichende Nuance zum Ausdruck zu bringen.

Einige Bemerkungen über die

Wirtschaftspolitik des Reichsanzigers.

Wie von uns vorausgesetzt, haben die Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung keine wesentlichen Erfolgerungen gebracht, die Zeitung hält noch wie vor an. (Amaru rechts!) Nicht um entwerfen Zerrbild über die Lage der Arbeiter, sondern diejenigen, die immer von der gesättigten Kompositkunst der Reiche sprechen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Gewiß haben sich die Löhne der deutschen Arbeiter in den letzten Jahren erhöht, das ist von den Arbeitern durch ihren eigenen Kampf gegen die Unternehmer durchgeführt worden. Aber die Berichte der Gewerkschaften beweisen, daß trotzdem die Lebenslage der Arbeiterschaft sich nicht zu bilden vermöchte, weil alle Lohnsteigerungen weit gemacht werden sind durch die Verkürzung der Lebenshaltung. Amerika, du hast es besser, sonst man braucht sagen. Dort herrscht das Prinzip der Vollzulässigkeit, das dem Reichsanziger ein solcher Grauel ist, und auf Grund dieser Vollzulässigkeit ist jetzt nach der letzten Prüfungswahl ein starker Anstieg der Schuhzollpolitik zu beobachten, vor allem sollen die Lebensmittelverhältnisse verbessert werden. Um den Ausfall dieser Zölle zu decken, ist eine Steuer auf die hohen Einkommen von 16 000 Mark an gelegt, die bis 4 Prozent bei den Einkommen von 100 000 Mark geht. Bei und vor dem Reichsanziger dafür, die Befürworter zur Grundlage der deutschen Reichsfinanzen zu machen. Dabei hat es sich doch bei all unseren Anträgen nur darum gehandelt, einen ganz kleinen Anfang der Verbesserung des Rechtes auf Einführung zu bringen. Da eine Belastung der gebildeten, kleinbürgerlichen Stufen, wie der Kleinhändler, der Salzhändler, der Fabrikarbeiter, ist unter diesen Umständen nicht zu denken.

Welches sind die Gründe, die den Stillstand der Reichspolitik bewirken? Das Problem der Probleme ist die

vollständige Abhängigkeit des Reichs von Preußen und den

preußischen Junkern.

Die Reichsregierung ist nichts als eine Filiale der preußischen Regierung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Delbrück meinte im Januar, preußische Politik und Reichspolitik könnten nur noch einheitlichen Gesichtszügen geleitet werden. Gewiß, aber dann muß auch das Wahlrecht im Reich und in Preußen dasselbe sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dann dem Klassennahmestent in Preußen geht es im Reich nicht vorwärts. Preußen erwies sich überall als der Hemmschuh des Reichs. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des preußischen Wahlrechts. Herr v. Dallwig hat ja gestern unter dem Kreisbündnis seiner Freunde einen Vorschlag auf das preußische Wahlrecht gefangen. Ich will hier nicht neue Materialien herbeibringen, um die mühlohe Unredlichkeit dieses Wahlrechts zu beweisen. Herr v. Dallwig meinte, das Reichstagwahlrecht und das preußische Wahlrecht seien ja 40 Jahre lang friedlich nebeneinander hergelaufen. Er scheint gar nicht gemaßt zu haben, daß seit einer Reihe von Jahren die Krise der preußischen Wahlrechtsreform im Mittelpunkt aller politischen Kämpfe steht. Dann hat er gelagt, daß abgekürzte Wahlrechte entsprechend den wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung. Es entspricht also wohl auch der kulturellen Bedeutung der Kollegen des Herrn v. Dallwig, daß sie in der dritten Wahlkammer wählen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In einem Wahlkreis, wo ein einziger Mann in der ersten Wahlkammer ist, wählt der Staatsminister von Preußen in der dritten Kasse, in einem anderen Bezirk wählen in der dritten Kasse die Herren v. Breitenbach, v. Schröder, v. Sydow und die Säntzschereide-Krämer und Kühl. Zweite Wahlklasse eines anderen Bezirks müssen kulturell ganz besonders hoch stehen, denn in der 3. Klasse desselben Bezirks wählen die Herren Beseler, Delbrück und der Reichsanziger. (Hört! hört! und Große Heiterkeit.) Das Beweist, wie es um den angeblichen Kulturrat der Wahlrechts steht. Das Verfahren der Thronrede von 1909 ist unerfüllt geblieben. Der Reichsanziger könnte dem deutschen Volke keine bessere Jubiläumsgabe als eine Reform des preußischen Wahlrechts beibringen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Solange das nicht geschieht, muß das preußische Volk durch eigenen Kampf dieses Ziel zu erreichen suchen. Bei den bevorstehenden Wahlen in Preußen wird es nachdrücklichen Protest gegen jede spätmäßige Entziehung in Preußen einlegen.

Im Nachbarstaat Belgien nämlich das Volk jetzt einen heldenmächtigen Kampf für ein besseres Wahlrecht durch einen heroischen Generalstreit. Früher oder später wird dasjene auch bei und in Preußen der Fall sein. (Hört! hört! rechts!) Glauben Sie nicht, daß auf die Dauer diese mühlohe Entziehung aufrecht erhalten werden kann. Die Welt wird nicht fern sein, wo es gelingen mag, in dies Wahlrecht freie zu schlagen, wenn nicht im guten von oben, wenn nicht durch die Vernunft der Regierenden, dann wird

der Drang von unten

sie dazu zwingen. (Lebhafte Bravos in den Sozialdemokraten.) Aber auch das Reich ist noch weit entfernt von einer modernen Volksvertretung. Die Regierung scheint geradezu planmäßig bestrebt, den Reichstag möglichst herunterzufügen. Auf dem deutschen Handelsstage hat der Reichsanziger vor seinen nahen Bestrebungen zum Reichstag gesprochen. Wir haben davon wenig bemerkt. Nur in der letzten Zeit, wo es sich darum handelt, den Reichstag als Bewilligungsmaschine für Militär- und Steuervorlagen zu gebrauchen, ist es im Reichstag vorgekommen, vorher sind Monate vergangen, ohne daß wir den höchsten verantwortlichen Beamten bei uns gesehen haben. Auch bei Initiativvorlagen im Hause und die unterster Resolution

Regierungsbänke ständig leer. In daselbe Kapitel gehört der vielbeflogte Zustand der zu späten Einberufung des Reichstages. Wir verlangen, daß der Reichstag statt Ende November einige Wochen früher einberufen wird. Der Einfluß des Reichstages muß wesentlich erhöht werden. Ich will auf all diese Probleme des parlamentarischen Regimes nicht eingehen und nur betonen, daß die jüngste Zeit wieder die

Ratwendigkeit eines Ministerverantwortungsgesetzes

beweisen hat. Im November 1908 hat Fürst Villow dem Reichstag und dem deutschen Volk die feierliche Ausage aus dem Potsdamer Schloß gebracht, daß der Deutsche Kaiser in seinem Eingreifen in die politischen Fragen möglichste Zurückhaltung beweisen wolle. Daß diese Ausage nicht gehalten ist, wissen wir alle. Schon im August 1910 haben wir die sogenannte Stötterungsmauer in Königsberg erlebt, in diesem Jahre eine ganze Reihe von Reden des Kaisers, die mit vielen feindsamen Beurteilungen in politische Angelegenheiten eingegriffen haben. Da ist z. B. die Rede bei der Eröffnung des Coligny-Denkmales, von der die Zentrumspartei sprach, daß sie vollständig in den geschichtlichen Tatsachen in Wider spruch stände. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann kommen zuletzt die vielen Jubiläumsreden und schließlich die bekannte Rede über den Petrus-Rogen und über den hinausgeschrittenen Vater, die in den weitesten Kreisen Stottern erregt hat. Die Neuherierung des Deutschen Kaiser ist eine gewisse Erziehung gefunden. (Vizepräsident Dove: Diese Dinge haben wohl doch kein öffentliches Interesse. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Dann kommt

Ich will nur informiert auf die Vorgänge eingehen, als sie besonders drastischen Beweis liefern, wie schwierig es bei dem befreundeten Regierungssystem ist, daß der Deutsche Kaiser vollständig aufrichtige Informationen erhält. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Das erlaubt lediglich die Macht auf die gesamte Art der Verbindung des Deutschen Kaiser. Mir scheint der Fall geradezu logisch und deswegen lehrreich zu sein. Der Sch. Oberregierungsrat b. Eggers wird als derjenige bezeichnet, der jene falschen Informationen dem Deutschen Kaiser gegeben hat. Es besteht wohl ein starkes Interesse der deutschen Oberschicht, zu erfahren, was nun eigentlich mit einem Mann wird, der so ungemeine Wirkungen hervorgebracht hat. Da habe sehr lebhafte Bedenken zu äußern gegen die Informationen, die gerade dieser Herr dem Deutschen Kaiser zuteilt werden darf. Ich glaube, daß darauf auch die Erklärungen ausgeschlossen sind, die vorgelesen in der Norddeutschen Allgemeinen erschienen sind, die die Schenkung des Gutes Cadinen an den Kaiser. Diese hochoffiziösen Mitteilungen beruhen wiederum auf einer großlichen Irreführung der öffentlichen Meinung. (Lebhafte Hörer! hört bei den Sozialdemokraten.)

In verschiedenen Blättern sind Mitteilungen gemacht worden, daß bei der Übernahme von Cadinen durch den Kaiser Verwandlung des früheren Besitzes einer schlechten Verhandlung erlaubt haben, daß die berechtigten Ansprüche zurückgewiesen wurden. Nun erklärt die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung", es habe überhaupt keine Schenkung stattgefunden, Cadinen sei durch einen Vertrag mit Leistung und Begleitstellung an den Kaiser übergegangen. (Sehr richtig! rechts!) Diese Behauptung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ist falsch. In einem Handschreiben, das der König vom Preußen seinerzeit an den Vorleser des Briefs von Cadinen sandte, steht es:

"Durch die hochberühmte Stilisierung Ihrer freuen patriotischen Gemüsing ist es gelungen, mich mit der Annahme Ihres Anerbietens freudig bereit zu stellen. Und ich habe Ihnen die Macht, die vorgelegten in der Norddeutschen Allgemeinen" erschienen sind, die die Schenkung des Gutes Cadinen an den Kaiser. Diese hochoffiziösen Mitteilungen beruhen wiederum auf einer großlichen Irreführung der öffentlichen Meinung. (Lebhafte Hörer! hört bei den Sozialdemokraten.)

Die hochberühmte Stilisierung Ihrer freuen patriotischen Gemüsing ist es gelungen, mich mit der Annahme Ihres Anerbietens freudig bereit zu stellen. Und ich habe Ihnen die Macht, die vorgelegten in der Norddeutschen Allgemeinen" erschienen sind, die die Schenkung des Gutes Cadinen an den Kaiser. Diese hochoffiziösen Mitteilungen beruhen wiederum auf einer großlichen Irreführung der öffentlichen Meinung. (Lebhafte Hörer! hört bei den Sozialdemokraten.)

Wenn es sich um einen gewöhnlichen geschäftlichen Vertrag handelt, wäre ein solcher Brief wohl nicht gezeichnet werden. Ohne Zweifel ist mindestens eine Million als Gedenk gegeben worden. (Vizepräsident Dove: Ich bitte auf die Schenkung nicht einzugehen; es ist gute parlamentarische Sitte, nicht auf Dinge einzugehen, die nicht politischer Natur sind.) Der Vater Söhl ist ja in der glücklichen Lage gewesen, daß das an ihm verübte Unrecht sich herausstellte, und er ist mit Geld abgefunden worden und hat:

einen Orden als Pfaster

bekommen. Wollte man all den Leuten, denen vom Kaiser Unrecht getrieben, einen Orden gewähren, so würde die Zahl der Orden nicht ausreichen; allerdings haben die meisten Staatsbürger, die durch den Kaiser verletzt werden, an einem Orden auch gar kein Interesse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zu einer Rede im Landeswohlfahrtsklasse hat der Kaiser heftige Anklage gegen die Sozialdemokratie gerichtet, indem er die Offiziere zum Kampf gegen die jüdischen Mächte des Unglaublichs und der Vaterlandsgottlosigkeit aufforderte. Solche Neuerungen wären nicht möglich, wenn er nicht anwender einseitig und unpräzise informiert würde. Es gibt nicht nur einen Eggers, es gibt sehr viele Eggers. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Uns Sozialdemokraten können solche Angriffe ja sehr lädiert lassen, wir haben mit den Wirkungen solcher Reden recht gute Erfahrungen gemacht. Etwas anderes aber ist es, ob der Reichsanziger solche Angriffe auf große Säulen des deutschen Volkes für gut und wissenschaftswert hält.

Vizepräsident Dove: Sie haben keinen Beweis dafür, daß große Säulen des deutschen Volkes, besonders Ihre Partei, mit den Wäldern des Unglaublichs und der Vaterlandslosigkeit gemeint sind. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Dr. Brandauer (fortlaufend):

Wer denn? Die Neuerungen des Deutschen Kaiser gegen die Sozialdemokratie sind um so merkwürdiger, als der Kaiser wiederholte Gelegenheit genommen hat, mit Sozialdemokraten in Verkehr zu treten. Auf seinen eigenen Wunsch hatte er eine Unterredung mit dem britischen Arbeitsführer Mac Donald, und die schwierige Kriegsverwaltung stellte ihm bei den schwierigen Landwirten einen Offizier zur Informierung zur Verfügung, der ein "freidlicher" Sozialdemokrat in und in sozialdemokratischen Zeitungen militärische Artikel schreibt, also auch einer von den jüdischen Mächten des Unglaublichs. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß von dieser Unkenntnis nichts abgefärbt hat.

Vizepräsident Dove: Diese Tatsachen bestätigen, was ich Ihnen entgegengehalten habe. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Brandauer:

Der letzte Grund dafür, daß wir im Deutschen Reich mit Ihrer Politik nicht vorwärts kommen, liegt darin, daß auch dieser Deutsche Reichstag ein richtiges Spiegelbild des Volkswillens ist. Die Herren vom Zentrum führen zum großen Teil hier nur aufgrund des unzureichenden Wahlberechens. (Lebhafte Sehr richtig! links!) Sähen wir nicht das Majoritätsystem und die ablehrende Wahlberechung, würden die Herren nicht hinzutreten. Wir haben eine Resolution auf Aenderung des Wahlverfahrens in Richtung des Verhältnissystems und für eine neue Wahlkreiseinteilung eingebracht. Auch hier hängt es von den Nationalliberalen ab, ob wir vorwärts kommen. Die liberalen Parteien können eine viel größere Macht im Deutschen Reich bekommen, wenn sie mit Entscheidlichkeit für ein besseres Wahlrecht eintreten würden. Sie würden dann die Reaktion in die Hoffnungslosen Minderheit bringen, und wenn sie dann wirklich liberale Politik treiben wollten, würde es am uns nicht fehlen. (Abal rechts!) Das Verhältnisswahlrecht hat bereits durch eine ganze Reihe von Ländern einen Sieg erlangt.

Abg. Dr. Brandauer:

Der Dr. Brandauer hat gesagt, daß wir im Deutschen Reich mit Ihrer Politik nicht vorwärts kommen, liegt darin, daß auch dieser Deutsche Reichstag ein richtiges Spiegelbild des Volkswillens ist. Die Herren vom Zentrum führen zum großen Teil hier nur aufgrund des unzureichenden Wahlberechens. (Lebhafte Sehr richtig! links!) Sähen wir nicht das Majoritätsystem und die ablehrende Wahlberechung, würden die Herren nicht hinzutreten. Wir haben eine Resolution auf Aenderung des Wahlverfahrens in Richtung des Verhältnissystems und für eine neue Wahlkreiseinteilung eingebracht. Auch hier hängt es von den Nationalliberalen ab, ob wir vorwärts kommen. Die liberalen Parteien können eine viel größere Macht im Deutschen Reich bekommen, wenn sie mit Entscheidlichkeit für ein besseres Wahlrecht eintreten würden. Sie würden dann die Reaktion in die Hoffnungslosen Minderheit bringen, und wenn sie dann wirklich liberale Politik treiben wollten, würde es am uns nicht fehlen. (Abal rechts!) Das Verhältnisswahlrecht hat bereits durch eine ganze Reihe von Ländern einen Sieg erlangt.

sozialistische und sozialpolitische Leben vorwärts zu treiben. Wir wollen am Ausbau aller unserer Verhältnisse anregend und vorwärtsstreibend wirken, die Unruhefreiheit der gegenwärtigen Politik wollen wir mit fortwährenden Anregungen beantworten. Unsere Hoffnungen auf die gegenwärtige Regierung sind sehr gering, unsere Hoffnung beruht vielmehr auf der großen sozialdemokratischen Volksbewegung. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Hinblick auf diese große Kulturbewegung sind wir der Wahrheit des Dichterwortes gewiß: Das alte stirgt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen! (Lebhafte anhaltende Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsanziger Dr. v. Bethmann Hollweg: Ich will mich darauf beziehen, auf einige Fragen, die der Herr Vorredner gestellt hat, zu antworten. Er hat sich bei mir noch dem gegenwärtigen Stand der Feierabendfrage erkundigt. Seit ich im November v. J. über die Feierabendfrage hier gesprochen habe, ist das Raum einzgetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Feierabendgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschuß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstag ist die Frage über

sozialdemokratische Verhältnisse des Reichsreiches zum Landesrat aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mit mir getagt hat,

über die Feierabendfrage hier gesprochen. Seit ich im November v. J. über die Feierabendfrage hier gesprochen habe, ist das Raum einzgetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Feierabendgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschuß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstag ist die Frage über

sozialdemokratische Verhältnisse des Reichsreiches zum Landesrat aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mit mir getagt hat,

über die Feierabendfrage hier gesprochen. Seit ich im November v. J. über die Feierabendfrage hier gesprochen habe, ist das Raum einzgetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Feierabendgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschuß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstag ist die Frage über

sozialdemokratische Verhältnisse des Reichsreiches zum Landesrat aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mit mir getagt hat,

über die Feierabendfrage hier gesprochen. Seit ich im November v. J. über die Feierabendfrage hier gesprochen habe, ist das Raum einzgetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Feierabendgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschuß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstag ist die Frage über

sozialdemokratische Verhältnisse des Reichsreiches zum Landesrat aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mit mir getagt hat,

über die Feierabendfrage hier gesprochen. Seit ich im November v. J. über die Feierabendfrage hier gesprochen habe, ist das Raum einzgetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Feierabendgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschuß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstag ist die Frage über

sozialdemokratische Verhältnisse des Reichsreiches zum Landesrat aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mit mir getagt hat,

über die Feierabendfrage hier gesprochen. Seit ich im November v. J. über die Feierabendfrage hier gesprochen habe, ist das Raum einzgetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Feierabendgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschuß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstag ist die Frage über

sozialdemokratische Verhältnisse des Reichsreiches zum Landesrat aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mit mir getagt hat,

über die Feierabendfrage hier gesprochen. Seit ich im November v. J. über die Feierabendfrage hier gesprochen habe, ist das Raum einzgetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Feierabendgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschuß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstag ist die Frage über

sozialdemokratische Verhältnisse des Reichsreiches zum Landesrat aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mit mir getagt hat,

über die Feierabendfrage hier gesprochen. Seit ich im November v. J. über die Feierabendfrage hier gesprochen habe, ist das Raum einzgetreten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Feierabendgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschuß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrags im Reichstag ist die Frage über

sozialdemokratische Verhäl

Stimmen — haben wir früher doch schon ganz dasselbe verlangt, Verhältniswahl und gerechte Einteilung der Wahlkreise. — Wir mindesten, daß geheime Listen über die Deputaten endlich bestimmt werden. Rügens, wo man sie bestimmt hat, haben sich schlechte Folgen für die Disziplin ergeben. Weiter wünschen wir, daß überhaupt das Disziplinarverfahren gegen Beamte mit Strafzulassungen umgesetzt wird. — Zum Schluß tritt der Redner für die freiheitliche Resolution auf Einführung von Angestellten- und Beamtenabstimmungen ein.

Abg. Norwingski (Soz.): Wegen der Enteignungsfrage ist in Bezug auf den Reichskanzler ein Rechtsantrag vorgelegt worden. Durch einen Mangel der Gesetzesförderung hat der Reichskanzler davon keine offizielle Kenntnis erhalten, aber erfahren wird er es schon haben. Es bedeutet eine Abhandlung des Reichstags, daß trotzdem in dieser Enteignungsfrage munter fortgeschritten wird. — Neben die Wichtigkeit des Vereinsgeistes werden eine befondere Erörterung herbeiführen. Die ganze Politik der Regierung gegenüber den sozialen, vor allem dem Sozialkapitalismus der Enteignungsfrage kommt nur uns entgegen, die Sozialdemokratie will alle entgegen. Der Geist ist derselbe. (Protokoll bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wumann (Wirtschaftl. Soz.): tritt für einen Antrag auf Auflösung von Beamtenausschüssen in den Reichsbürokratie ein. — Der sozialdemokratische Antrag über die Verhältniswahlrechte müßte, wenn er ernst gemeint hätte, mehrere Vorläufe enthalten. Es genügt jetzt zu stellen, daß die Sozialdemokratie die ersten sind, an dem sozialen Reichstagswahlrecht zu tüfteln. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Tschiffeli: bejagt die Schwierigkeiten einer Neuregelung des Disziplinarrechts der Beamten. Eine Vorlage werde dem Reichstag wahrscheinlich im nächsten Winter angehen.

Ein Vortragungsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt.

Abg. Hüttmann (Soz.):

Die Wahlen von 1912 haben unzweideutig bewiesen, wie das Volk über die Politik des Reichskanzlers denkt. (Sehr wach bei den Sozialdemokraten.) Den Arbeitern werden in ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen noch wie vor die größten Schwierigkeiten gemacht. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird von den unteren Organen ganz im Gegensatz zu den Abgeordneten des Reichstags ausgelebt. Das gegenüber Ausschreibungen bei Circills die heutigen Strafbestimmungen mehr als ausgedient, befreien die Erfahrungen im Kreisreicher, wo 30 Jahre Gefangenstrafen und 16 346 M. Geldstrafen insgesamt verhängt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von 1900 bis 1911 wurden 308 Freisprechungen erfolgen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Sieben begründet das meiste den Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts bei den Reichstagswahlen. Der Reichstag würde eine ganz andere Zusammensetzung erhalten, wenn wir ein wirklich gleiches,

Wahlrecht hätten. (Sehr wach bei den Sozialdemokraten.) Die Überprüfung der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten enorm verändert infolge der industriellen Entwicklung, die große Massen in bestimmten Gebieten, vor allem in den Großstädten, zusammenführt. Das bedingt mit Rücksicht auf eine andere Wahlkreiseinteilung.

(Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Aber man fürchtet eine Abberung in dieser Regelung, um nicht den Einfluß der Sozialdemokratie zu verlieren. Am übrigen bleiben auch infolge des Majoritätswahlrechts über 5 Millionen Wähler überhaupt unvertreten. Daher verlangen wir auch eine Verstärkung der Minoritäten. (Sehr wach bei den Sozialdemokraten.) — In der Jesuitenfrage, sagt der Reichskanzler, hat sich seit dem vorigen Jahre nichts verändert. Wir werden ja sehen, wie die Sache sich entwickelt. — Die Behauptung, wir ständen der Religion feindlich gegenüber, hat der Reichskanzler in keiner Weise begründet. In unserer Partei wird Religion zur Privatsache erklärt, in unserer Partei erhält niemand eine Verhinderung wegen seiner religiösen Überzeugungen. Aber die Kraft an den Kirchlichen Einrichtungen, die sich in keiner Weise mit religiösen Überzeugungen bedenken, werden wir uns auch in Zukunft nicht verwehren lassen. — Der Kaufvertrag über Habenien, den der Reichskanzler hier erwähnt hat, spricht keineswegs gegen die von Grabauer gegebene Darstellung. Der Fall Sohst ist keineswegs für die Öffentlichkeit erledigt. Auch das Wort von der „vollen Kompetenz“ bedeutet, wie falsch der Kaiser über die Verhältnisse der Arbeiter und die Ergebnisse der Sozialpolitik unterschied wird. 42 Proz. der gesamten preußischen Bevölkerung haben heute noch immer nicht ein Einkommen von 900 Mark. (Hört! hört! lacht.) Neben diese und andere Dinge ist der Kaiser offenbar ganz falsch informiert.

Bei der Nachwahl in Kreis I dem Wahlgemeinde eine folstreng gegeben worden. Bei Nachwahlen innerhalb eines Jahres soll nach den alten Listen gewählt werden. Im Kreis aber hat man Wählen, die vergangen waren,

daß Wählen einfach verboten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers führt und dazu die Starken und Mächtigen noch mehr zu stärken, die kleinen und schwachen in Gewerbe und Handel und vor allem der großen Masse der Arbeiter noch mehr das Leben zu erschweren. Und das nennst du Rangier bewährte Wirtschaftspolitik. Wenn man alles verfügt, die geschlossene Wohlstand der Arbeiter gegen diese Wirtschaftspolitik zu verteidigen, so kann das einen Erfolg nicht haben. Auf dem Schlachtfeld der Arbeit haben Hunderttausende Leben und Gesundheit verloren; daneben sind diese Zahlen gestiegen. Das sind

furchtbare Anklagen gegen die Sozialpolitik.

Die Arbeiter bilden zusammen mit den Männern der Wissenschaft und Technik die Grundlage unseres Wirtschafts-

Lebens, durch dessen Aufschwung Deutschland groß geworden ist. Um so ungemeinlicher ist es, daß die Regierung die Arbeiter rechtschaffen will. Gerade, wenn man auf dem Boden der Ordnung steht, muß man den Wünschen der Massen Rechnung tragen. Statt dessen folgt man den Wünschen der Junker. Solche Politik kann und in keiner Weise befriedigen. Wir protestieren gegen diese Rechtsabmilderung der arbeitenden Massen. Die Rechtlichkeit des Volkes ist nicht nur zum Arbeiten da, sondern das Volk muß auch die Rechte verlangen, die der heutigen Entwicklung entsprechen. (Protokoll bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Grabauer (Soz.):

Die Übernahme des Gutes Habenien durch den Kaiser soll durch einen Kaufvertrag, nicht durch eine Schenkung erfolgt sein. Die Vorschreibung dieses Kaufvertrages ist eine Verfehlung sowohl der öffentlichen Meinung als auch des Kaisers. Dem Reichskanzler ist doch als Juristen und Beamter bekannt, daß auch Schenkungen in Form von Kaufverträgen erlebt werden. Der von mir vorlesende Brief des Kaisers an den Landrat Birkner beweist deutlich, daß das Gut Habenien ohne Gegenleistung an den Kaiser übergegangen ist. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Lebendig ist der Landrat Birkner damals wegen seiner besonders patriotischen Gesinnung in das preußische Herrschaftsraum berufen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gehörte das auch zu den Kaufbedingungen? Der damalige Wert von Habenien betrug über 3 Millionen. Die Gegenwerte waren nur so hoch, daß ein erhebliches Geschäft von weit über eine Million übrig blieb. Wenn solche Schenkungen am öffentlichen Wohlstande wie z. B. die Stadt Berlin gegeben werden, so bringt die obere Oberschicht sehr daran, daß etwa vorhandene Angehörige in anständiger Weise abgefunden werden. Das ist gerade bei Übernahme von Habenien nicht geschehen. Man hat dem Kaiser offenbar dann alle verheimlicht, daß der Landrat arme Vermöndre hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Vermöndre haben dann eine Abfindung verlangt und sind brutal behandelt worden. (Prof. Norwingski: Ich bitte Sie, diesen Begegnung zu verlassen, das gehört nicht in den Reichstag.) jedenfalls sind diese Vorgänge beim Halle Sohst und bei der Schenkung von Habenien nur Symptome schwerer Verbrechen. (Sehr wach bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt. Neben die Resolution **Wahlrecht** (Soz.) auf Einführung der Verhältniswahl und Neuerteilung der Wahlkreise wird, da das Bureau über das Resultat der Abstimmung zweifelhaft bleibt, durch Sammelpräfung abgestimmt.

Wit ja stimmen 90, mit mein 88 Abgeordnete, das kann ich auf alle Anklagen unzufähig.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Debatte, dann Wahlprüfungen und Wiltshiregal.)

Schluß 7½ Uhr.

Jakob Kranz
Weiß's auf! Schänke
Königstraße 17. Tel. 1702
hält sich zur Einfeier best. empf.

E. Schurigs Restaur.
14 Etzoldstraße 14
Grosser Mittagstisch.
Preis: 755. Schlachtfest
Erlebnis-Lokal der Modellellener.

Restaurant

O. Braune
Bildhofsweg 16
empfiehlt sich bestens. (228)

beiwissen repar. Uhren
Feder 75 Pf., Reinigen 1 M. nur
Drehgasse 1a, L.Et. (K 82)



Verlangen Sie
die 2½ Pt.-Cigarette
Jasmazi-Dubec

mit Mundstück-mit Gold

Nur recht in der Packung mit dem Dubec-Blatt

Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden
Größte deutsche Cigarettenfabrik

Populäre Sonnabgaskonzerne Hellerau

im Festsaale der
Bildungsanstalt Jaques-Daleroze

Sonntag, 20. April, nachmittags 4 Uhr

Frl. Emmi Leisner-Berlin

Liedervorträge: Beethoven — Brahms — Mendelssohn
Vorhangskarten 0,50 M. für die Mitglieder der Gewerkschaften im Gewerkschaftsbüro, Ritterbergstr. 4, I., und für die Mitglieder der Volksbildungskademie im Bureau derselben. [L 1056]

Die Str.-B.-Linie 7 führt bis direkt an die Daleroze-Schule.

Gewinn-Liste

der Vereins-Waren-Berlösung des Naturheilvereins
Dresden-Löbtau und Umgebung : einget. Verein

(Ohne Gewicht) vom 16. April 1913. (Ohne Gewicht.)

11 13 23 30 35 42 51 62 76 101 10 11 19 44 46 52 54 68
76 80 210 29 41 60 61 76 91 92 95 300 14 20 21 45 50 51 52
78 80 406 15 16 20 27 76 78 98 512 29 35 37 40 56 57 99
608 15 33 40 51 52 54 55 63 65 74 96 721 25 41 46 48 72 84
820 26 40 48 50 57 809 15 17 19 22 28 50 54 58 63 64 69 77
92 98 94 95

1011 19 38 42 70 77 98 1100 12 13 17 18 45 49 59 80 84
11 1205 17 28 33 43 44 45 48 55 66 73 97 98 1300 21 22

23 26 30 56 86 1401 23 34 53 64 78 88 1515 19 25 30 31 41

67 61 70 77 83 86 1626 33 57 42 51 60 70 83 85 98 1710 59 74

183 18 20 22 37 45 47 50 58 66 75 92 96 1900 3 4 10 14 18

22 23 34 38 41 44 46 50 58 56 60 68 87 92 95

2015 18 25 30 33 36 39 41 61 65 86 87 88 94 2109 12 16

18 23 30 35 38 43 55 59 68 72 79 2212 26 27 36 40 48 50 96

2301 3 9 10 29 28 42 47 74 55 88 94 2400 8 16 24 67 69 72 79

22 2504 7 14 27 36 46 53 61 68 72 78 80 98 2605 11 15 21 23

26 30 38 40 46 63 77 97 2707 6 15 22 28 30 32 34 60 64 76 81

2906 17 29 33 40 42 44 47 59 62 71 73 75 85 2904 16 20 31 44

50 52 79 91 94

3004 7 11 13 35 36 40 46 47 48 55 56 57 60 71 72 87 96

3108 16 18 21 37 38 55 56 66 79 81 90 95 3217 33 41 46 60

32 3312 19 48 61 67 68 91 93 3401 7 23 24 38 42 61 62 84

33 98 3510 7 12 23 35 39 47 53 66 70 72 79 82 83 98 3600 7 42

47 50 62 66 89 70 77 81 8701 14 15 25 27 38 53 71 76 81 87

58 99 3801 13 22 29 37 81 94 95 3910 24 32 34 38 54 59 64

79 84 94 95

4008 13 16 31 39 40 42 47 50 52 55 58 59 67 84 95 4400

28 32 37 64 67 69 75 77 4210 15 21 22 26 55 40 48 52 54 58 64

31 86 88 96 4308 19 30 45 47 50 55 61 69 66 67 84 95 4400

Gemeins. Ortskrankenkasse I. Potschappel u. L.

Einladung zur

38. ordtl. Generalversammlung

am 30. April 1913, abends 9 Uhr

im Gasthof zum goldenen Löwen, Potschappel.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.
2. Bericht des Rechnungsausschusses u. Annahme d. Jahresrechnung 1912
3. Anträge des Vorstandes: Entschließung des Rechnungsausschusses.
4. Anträge der Mitglieder.

Potschappel, am 16. April 1913.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Radebeul und Nachbarorte.

R. Koch, Vorstander. [L 1072]

Ortskrankenkasse für Radebeul und Nachbarorte

Gemessenabend den 26. April, abends 8½ Uhr

Ordentl. Generalversammlung

im Saale des Stadtschulmens „Die Jahreszeiten“.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbuch. 2. Annahme der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes. 3. Ausprache und Beschlussschaffung bez. Ausgestaltung unserer Kasse zur Allgemeinen Ortskrankenkasse.

4. Allgemeines. Einige Kurzfragen sind bis spätestens den 21. April einzurichten. — Ihr pünktliches Erscheinen erachtet

Radebeul, den 16. April 1913.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Radebeul und Nachbarorte.

R. Koch, Vorstander. [L 1072]

5. Klasse 163. A. S. Landes-Lotterie.

Die Preise: Unter diesen sind Gewinne nicht, das mit 500 Wert vergeben werden. (Diese Gewinne der Rücksicht. — Rückstand verloren.)

Ziehung am 16. April 1913.

10.000 Mr. 10.000 Mr. 10.000 Mr. 5.000 Mr. 5.000 Mr.

0611 819 398 169 655 201 316 150 945 907 182 799 323
496 (2000) 270 1525 99 459 (2000) 655 239 569 (2000) 737 247
546 887 731 789 840 812 277 691 389 682 935 178 340 66
455 229 94 803 564 324 425 84 681 565 3061 399 162 760
546 754 657 297 119 474 209 (2000) 208 682 108 4606 207
708 719 7 712 844 245 (2000) 37 858 511 713 615 958 393 203
210 5164 271 484 600 158 596 80 310 843 737 795 758 645
(1000) 19 655 886 649 125 426 687 6510 744 910 458 564 519
6 569 623 23 975 233 (2000) 232 718 734 (2000) 2 356 925 328
319 358 (3000) 582 826 7573 364 496 205 357 652 87 427 639
237 110 974 866 782 255 483 869 183 678 3678 203 589 294
92 284 (500) 267 845 126 227 117 582 693 634 192 191 309
9551 571 351 (1000) 828 354 684 862 898 618 631 141 925
624 375 (2000) 877 17 965 468 55 (500) 217 580 (500) 677 (3000)
10583 359 273 461 752 398 980 (500) 227 141 899 17 (3000)
745 (1000) 477 (500) 708 586 906 11734 828 686 24 271 (1000)
583 758 66 71 605 370 499 517 206 982 134 929 83 866 (2000)
903 298 12324 789 170 759 193 916 561 586 273 181 470
466 (500) 981 554 83 938 13787 189 127 573 84 875 111
872 (1000) 938 848 (500) 806 243 895 224 629 387 114 94 293
112 516 279 14263 270 613 697 399 379 875 928 746 931
216 (2000) 843 22 717 150 (1000) 938 15728 273 600 805 885 467
564 527 537 544 884 85 841 710 725 16565 154 912 270 902
678 195 973 976 14 253 734 508 5 618 (500) 688 577 252 746
265 116 219 17994 746 658 275 729 204 565 900 188 134 882
184 18276 736 98 68 669 708 181 616 464 502 706 176
265 531 129 (500) 525 711 226 80 846 242 841 (500) 172 806
608 658 245 495 255 711 226 80 846 242 (1000) 504 895
332 688 220 149 510 397 746 5 67
200 210 207 261 84 84 355 127 (1000) 143 31 24 203 245 308
90 210 085 163 190 914 635 618 912 644 313 669 22294 864
985 722 120 512 250 106 836 441 561 627 720 324 875 60
882 27 525 172 348 543 234 721 344 118 243732 75 363 126
10 167 577 373 (1000) 724 651 (200) 24787 662 341 800 733
954 729 245 661 374 479 406 646 242 118 269 876 472 138 175
802 838 76 25559 417 158 388 720 452 887 505 633 82 484
113 846 86 649 612 614 26500 731 781 625 967 80
775 (1000) 771 211 969 (500) 632 461 290 107 650 271111 258
718 292 288 905 789 156 275 714 70 238 69 760 476 583 289
419 332 357 260 863 127 288108 664 724 496 150 796 331
864 835 494 817 554 (2000) 406 228 347 29110 489 186 361
(2000) 833 78 623 261 24 (500) 510 654 338 826 528 855 (500)
618 502 945 360
30420 381 424 261 573 (1000) 136 (3000) 739 468 689 903
371 260 660 388 196 177 996 41150 785 881 486 336 (3000)
508 383 319 683 600 (500) 403 42298 533 172 308 908 490
533 581 50 943 150 100 702 43643 496 613 917 317 910 703
650 649 419 79 711 99 834 190 900 728 928 604
15 611 228 930 145 328 124 95 60 912 45744 716 6 298 847
492 418 377 (1000) 916 228 200 (500) 355 35771 739 625 911 279 196
1000 473 34 46356 736 916 431 237 908 904 604 352 144
476 282 218 841 528 368 546 505 (500) 47527 694 975 33
315 973 291 226 101 830 269 425 (500) 206 827 54 788 769 53
486 955 250 230 355 481 170 287 86 801 815 654 60 362 358
717 419 817 771 809 999 616 40 998 85 843 49048 884 115
681 770 901 245 27 805 382 (1000) 847 138 746 358 781 988
777 661 751
50130 52 15 450 312 357 982 81 832 506 153 295 776 213
965 807 431 388 892 152 165 51788 352 968 680 711 440 725
380 (500) 898 887 900 187 284 398 340 658 27 161 (500) 578
84 (1000) 861 759 673 978 273 52845 581 253 646 762 52 304

A. Rencker

Optische Anstalt
Gerecht. 2 (neben d. Strassenfalte)



Bifocalen u. Klemmer in allen Ausführungen, Theater- u. Reisegläser vorzüglicher Optik, Thermometer, Reisegläser u. c. in großer Auswahl.



Immer das schönste auf jedem Out einer schönen Frau sind Blumen!

Tolle lange Ranken, 25, 50 Pf., 1, 2 Kr.

Einzelblumen, Z. Pf. b. 10 Pf. an Straußfedern

1/4 m lang, von 80 Pf. an
1/2 m lang, von 2 Kr. an
3/4 m lang, von 30 Pf. an
Pleureusen von 7 Kr. an
Reiber und andere Haßfedern u. 50 Pf. an; auch Palmen, Blattplatten, Blumenkörbe, Silber-Myrsinkräuse usw.

Mannsfutter thinst. Blumen
Herm. Helle, Scheffelstr. 10/12

Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie bringen? 8

H. Lorenz jetzt Frauenstraße 1
Die Schöffergraffie wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort.

Nette Uhren billig. Juwelen in grosser Auswahl.

Gelegenheitskauf!

Hochfeine Blümchentasche, 20, 30 und 40 Kr., w. neue Blümchen. 65 Kr. Ferdinandstr. 10, p. L. B. 904

Mutterspritzen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnbürste, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

Spülzähne, Zahnpulpa, Zahnpulpa, Zahnpulpa.

Reinigungsstäbchen

mit 2 Röhren vom 1,50 Kr. an.

<p

Ca. 1200 Paletots

zu aussergewöhnlich niedrigen Preisen. Der reguläre Preis ist teils der Vierfache.

Hierunter folgende Serien:



Ca. 800 Jackenkleider

in den apartesten Fassons und modernsten Stoffen in tadeloser Verarbeitung.

Sämtliche Jackenkleider sind ausgesucht schöne Ware, sämtlich auf Seide, teils auf reinseiden Merveilleux oder Duchesse gearbeitet, teils Atelier-Arbeit.

Diese Jackenkleider kosten jetzt nur Mk. **85.00 bis 9.75**

Wir unterlassen es, die regulären Verkaufspreise anzuführen, da es nicht in unserer Absicht liegt, das kaufende Publikum irre zu führen.

ALSBURG

Für unsere Verkaufsstelle in Gruben suchen zum sofortigen Eintreten einen

Lagerhalter.

Schon in diesem Jahr fähig Geweihe erhalten den Vortag. Schriftliche Bewerbungen sind bis Sonnabend den 19. April zu richten an L1067.

Konsumverein Weinböhla.

Agent a. jedem Ort gesucht
H. Jürgens & Co., Zigaretten- und
Zigarren- & H. Hambrug 22.

Herren-Schneider

erste Großhändler für Arbeiter, zum 1. April für bauernde Belegschaft sofort gesucht. Reisevergütung 4. Klasse.

Bruno Bartsch
Lehe-Bremenhaven.

Tüchtiger Tischler

für Rämeras und Raffettent sofort gesucht. [A 171]

Ferd. Troger
Bürofotograph. Apparate

München, Clemensstr. 24.

Silbermaschine, mit Garantie, für

1800. a. auf Freiburger Str. 68. b. I.



Deckt Sie Ihren Bedarf an
Photo-Apparaten und Zubehör bei
Hoxhold

Ernst Hoxhold
jetz Palmstr. Ecke, 1 Min. v.
und Sie haben jederzeit ohne mühselige Beratungsstelle
für alle vork. Photofragen, die
Gewalt eines reellen Einsatzes.

Auskunftsstelle

für Straßen-, Unfall- u. Auto-

Ver sicherung. Eröffnet 1898.

4. Schmitteg. Berlinstr. 10. I.

Für die anlässlich der Feier unserer Silbernen Hochzeit uns überwandten Glückwünsche sagen wir hiermit unseren verbindlichsten Dank!

Dresden, den 17. April 1913

Richard Funko und Frau.

Unterricht im Schnittzeichnen.
Schneidern und Weißmähen, jeden Tag von 5-9 Uhr abends, Sonntags von 9-1 Uhr, Stunde 10 Pf.

G. Rolke, Burgk
Dreubener Straße 21. [B 897]

Legen Sie Wert
auf ordentige gute saubere Schnittzeichnung, so machen Sie bitte einen Verlust. [B 828]
Kaditz, Leipzigerstraße 12
Ede Winterschule.

4. Wahlkreis. Bezirk Pieschen-Trachenberge.

Den Vorsteigenosso hier durch zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Fliesenleger

Karl Schuffenhauer

im 64. Lebensjahr gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, auf dem St.-Pauli-Friedhof statt. [V 11]

Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Dresden.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Karl Schuffenhauer, Fliesenleger

am 15. April an Speisenzehrfeß im Alter von 68 Jahren gestorben ist. — Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr auf dem St.-Pauli-Friedhof statt. [V 11]

Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

IV. Kreis. VI. Bezirk.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Dienstag den 15. April der Genosse

August Schneider, Bauarbeiter

verschieden ist. [V 11]

Die Beerdigung findet Freitag den 18. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St.-Pauli-Friedhofs aus statt. Zahlreicher Beteiligung steht entgegen. D. B.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Dresden.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

August Schneider, Hilfsarbeiter

am 15. April an Magenkrebs im Alter von 61 Jahren gestorben ist. — Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr auf dem St.-Pauli-Friedhof statt. [V 81]

Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Dienstag früh verließ sonst nach kurzem schwerem Leiden meine liebe Gattin, meine gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter **Anna Schuchardt**, verlo. geh. Dienmädchen geb. Bauer. — Ihr stilles Geleid dittert.

Dresden-L., Breite Straße 14, den 16. April 1913

Karl Schuchardt als Sothe und sämtliche hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Freitag nachmittags 4 Uhr im Krematorium zu Tolkewitz statt. [B 21]

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter **Auguste Sieber** geb. Rader, sagen wir allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten sowie meinen Arbeitskollegen der Gusstahlfabrik zu Olden für den herzlichen Blumenstraus und das zahlreiche Geleit unseres herzlichsten Dank! Besonderer Dank der Schwester für die liebevolle Pflege und Herrn Pastor Müller für die trostvolle Worte am Grabe. [K 882]

Gohlmannsdorf. Der trauernde Sothe nebst Kindern.

Zur Gedächtnisfeier vom Grabe meines so süß babin gebliebenen, unvergesslichen Gatten, treuvergängen Gatters, Sohnes Schmiedegroßvaters, Grubers und Schwingers Herrn **Ernst Gustav Stange**, hängt es mich allen Seiten werten Kollegen der Maschinenfabrik Riesebesig sowie dem Brauerverband, meinen lieben Mitarbeiterinnen und Bekannten für die herzliche Teilnahme meinen innigsten Dank auszusprechen.

Reußburg, den 16. April. — Die trauernde Witwe

[K 252] **Aug. Stange** geb. Loecke nebst Kindern.

Für unsere Konsumenten in Goldsch. Göttelbe. Borsig u. a. liegt ein Prospekt des Simea Moskows Warenhaus, Dresden-Plauen, bei, wozu wir hiermit aufzurufen mögen.

Sarrasani

Telephones 17760 und 17812.

Allabendlich 7½ Uhr:

Wild-West

Sonnabend, Sonntag, Mittwoch 8 Uhr u. 7½ Uhr

Wild-West

Sonnabend und Mittwoch nachmittag bei durchweg halben Preisen für gross und klein,

Sonntag nachmittag für Kinder unter 14 Jahren

Wild-West.

Infolge bevorstehenden Saisonschlusses nur noch ganz wenige Tage [L 1088]

Wild-West.

Vorverkauf an der Circuskasse, im Warenhaus H. Herzfeld und in allen Zigarettengeschäften von L. Wolf.

Gambrinus-Stadt-Restaurant

am Postplatz. [B 786]

Großes billiges Zweischank. Besiegelfeste Biere. Schön gelegener Garten im Zentrum. Hermann Siebischer.

Wittelsbacher Bierhallen

Moritzstraße.

ALT DRESDEN : wie es um :

1000 M. Verlust

umgewertet in Frohsinn, Humor, Leidenschaft und Zufriedenheit hat jeder der Alt-Dresden nicht besucht.

Gasthof Oberfrauendorf.

Sonntag den 20. April [K 882]

Großes öffentl. Konzert

ausgeführt vom Gesangverein Liederkranz, Dippoldiswalde. Mitglied des A.C.V. — Dirigent: Herr Hermann Rüdiger, Döhlen.

Der Auftritt gelungen! Gefangen u. humor. Vorläufe.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 10 Pf. Eintritt 8 Uhr.

Karten im Vorberlauf a 25 Pf. sind im Gasthof zu haben.

Baldredem Seiden entgegen. Der Vorstand u. A. Stummig.

Colosseum-Theater

Freiberger Platz 20.

Ein Ereignis ist jede Woche unser Künstler-Abend

Freitag den 18. April 1913

Beginn 8½ Uhr

Grosses Künstler-Konzert

auf der Bühne mit großem Orchester

Dazu das konkurrenzlose Programm!

U. a.: [A 82]

Verderbliche Leidenschaft.

Spannender Roman in 2 Teilen.

Bekanntmachung.

Einem verehrten Publikum, werten Vereinen, allen Freunden und Bekannten zur ges. Mitteilung, dass ich das Konzert- und Ballettabonnement

Blumensäle, Blumenstrasse 48

käuflich erworben habe und ab 1. Juli d. J. bewirtschaftete. Das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen bitte ich auch auf mein neues Unternehmen übertragen zu wollen. Anmeldungen zu Vereinfestlichkeiten usw. für das kommende Winterhalbjahr, zu welchen ich mein Etablissement kostenlos zur Verfügung stelle, können jederzeit bei dem gegenwärtigen Inhaber, Herrn Julius Berthold oder in meiner Wohnung, Fürstenstrasse 85, part., erfolgen.

Mit der Bitte um ferner Wohlwollen halte ich mich zur Entgegnahme geschätzter Aufträge ff. angelegenheitlich empfohlen und zeichne

A 171]

mit vorzüglicher Hochachtung

Ernst Binder.

Schmiedeschänke Kotzdorf.

Donnerstag den 17. April [K 884]

Einzugs - Schmaus.

Hierzu laden ergebnis ein. G. Fungkeit und Frau.

Werden Sie leicht müde?



Wenn Sie des Tages Arbeit übermäßig ermüdet, wenn Sie nach sieben Stunden Schlaf doch nicht ausgeschlafen haben, wenn Sie leicht erregt werden und oft zerstreut sind, so

sind Ihre Nerven nicht normal.

Ihre Nerven haben den Reservefonds an Kraft aufgebraucht und zehren jetzt vom Kapital. Sie müssen Ihrem Körper wieder einen Reservevorrat an Kraft und Energie zuführen. Dies kann nur durch ein Mittel geschehen, welches Ihnen jede Anstrengung leicht macht und dabei in Ihrem Körper einen Überschuss von Kraft anssammelt. [B 929]

Sportsleute, Touristen und Turner haben festgestellt, dass sie zu bedeutend höheren Leistungen befähigt sind nach dem Genuss von echtem Kola „Marke Dultz“. Klinische Erfahrungen hervorragender Professoren beweisen, dass echtes Kola das Denkvermögen und die allgemeinen Körperfähigkeiten erhöht. Tausende freiwilliger Zuschreiter erklären echtes Kola für ein hervorragendes Stärkungsmitittel für das Nervensystem. — So schreibt C. Müller, Restaurateur, Kassel:

Große Dienste haben mir nur die echten Kola-Tabletten „Marke Dultz“ geleistet. Ich litt an starken Kopfschmerzen, Herzklappe, Angstgefühl, Schwäche in den Armen und Beinen, kurzum, ich war dem Verzweifel nahe. Ich hatte Angst, auf die Straße zu gehen. Alle diese Beschwerden sind nach dem Gebrauch ihrer echten Kola-Tabletten vergangen. Ich fühle mich jetzt kräftig, wie neu geboren, habe guten Schlaf und Appetit und gehe jetzt wieder auf die Straße und bin, ohne zu ermüden, von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr nachts in meinem Geschäft tätig.

Die Klarheit Ihres Denkens, die Kraft Ihrer Nerven, Ihr tägliches Wohlbefinden und Ihren Gemütszustand können Sie wohlträchtig beeinflussen durch echtes Kola-Dultz. Lassen Sie sich bitte sofort meine Broschüre und eine Gratisprobe echtes Kola „Marke Dultz“ kommen. Ich sende Ihnen beides gern, denn Sie sollen nicht einen Pfennig vorher ausgeben, ehe Sie sich nicht überzeugt haben. Wenn Sie Interesse für Ihr seelisches Wohl haben,

so fordern Sie eine Gratis-Probe von MAX DULTZ, Berlin SO 33, Abteilung 34.



Villnicher Str. 14	Tel. 8102	Pfotenbauerstr. 24	Tel. 3070
Almautstraße 4	Tel. 2257	Wettinerstr. 17	Tel. 1835
Blindmarktplatz 13	Tel. 4102	Hofstr. 43	Tel. 1785
Einigung Lindenstraße		Hedstr. 27	Tel. 4596
Zöllnerstr. 12	Tel. 2806	Torgauer Str. 10	Tel. 1889
Vienerstr. 11	Tel. 4871	Trambauerstr. 5	Tel. 2967
Wartbaer Str. 14	Tel. 4050	Weissmeyerstr. 11	Tel. 1684
Kontore und Lagereien: Wöllingstr. 1. Tel. 1684.			

Freitag, Sonnabend bereit aus den Dampfern eintreffend ein weiterer

Waggonfrischer Seefisch

zu billigsten Preisen bei feinsten Qualitäten; besonders empfehlenswert ist:

Kabljau, ohne Kopf
in großen, deren Brachtfischen Pfund 13
Seelachs, ohne Kopf
in hochseinen großen Exemplaren Pfund 13
Unüberliche gebraute Gedreiste gratis. [L 212]

Beste zartfleischige unvermischt
Vollheringe
10 Stiel 60, 70, 80 Pf., 100 Stiel 550, 650, 750 Pf.
Die großen schönen Tonnen in grammster Steilpadung mit etwa
825 Stiel 48 Pf., ½ Tonne 25 Kr.
750 Stiel 52 Pf., ½ Tonne 27 Kr.
Schottische Selected-Fulls, etwa 770 Stiel 43 Pf.
Von eigener bewährter Einlegung: Feinste Liegnicher

Saure Gurken

2 Stiel 10 Pf., 2 Stiel 12 Pf., das Hundert 475 Pf.
in Originaltonnen mit etwa 500 Stiel das Hundert 450 Pf.
Versand prompt gegen Nachnahme.

Versandhaus + Amor + Rosel Nitzsche
Pfeifferstr. 13, Hof 1. Etage
empfiehlt sich den gebräten Fleischen
zur Aufzehrung von Teesorten
und Vorberührungen; auch werden
Haararbeiten angestellt.

Hygien. Frauenartikel
Gummibänder, Puttersprays billig
nur Frauenstr. 8 u. 10, I.
[A 1603]

Gochschein [L 1062]
Mischboot

1 Pfund 36 Pf.

bei 5 Pfund . . . 1 Pfund 35 Pf.

F. C. Krüger
Bebergasse 18
Telephone 1912

Freier Verband nach allen Stadtteilen

Verlag Kaden & Comp., Dresden

Zwingerstrasse 12/14.

Soeben erschienen:

Paul Göhre:

Konsumgenossenschaftsbewegung
der deutschen Arbeiterklasse

55 Seiten 8°

Preis 60 Pf.

Wann lagst du meine Braut?
Sie fragt sie plötzlich, das bin ich ja doch gar nicht.
Du holst mich in Dorum, Gebeten, eindrückte Yelle —
er hätte gern noch mehr gefragt.
Wie ja, folge Sophie und ließ die Recke hin auf.
Sie fragt sie plötzlich, das bin ich ja doch gar nicht.
Du holst mich in Dorum, Gebeten, eindrückte Yelle —
er hätte gern noch mehr gefragt.
Wie ja, folge Sophie und ließ die Recke hin auf.

